

B e r i c h tüber die Weltbevölkerungskonferenz 1965 in Belgrad
vom 30.8. bis 10.9.1965

I

Unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der Regierung von Jugoslawien als Gastgeber fand vom 30.8. bis zum 10.9.1965 in Belgrad die zweite Weltbevölkerungskonferenz statt. Die erste derartige Konferenz war im September 1954 in Rom abgehalten worden. Zur Teilnahme an der Konferenz in Belgrad war nur zugelassen, wer eine Einladung des Generalsekretariats der Vereinten Nationen erhalten hatte. Die Konferenz wurde vorbereitet und durchgeführt in Zusammenarbeit der Vereinten Nationen mit der Internationalen Union für das wissenschaftliche Studium von Bevölkerungsfragen (Union), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), der Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturorganisation (UNESCO), der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Bank für Aufbau und Entwicklung. Die Sitzungen fanden im jugoslawischen Gewerkschaftsgebäude in Belgrad statt.

Die Bundesrepublik Deutschland war mit 17 Teilnehmern vertreten:

Präsident Schmidt, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Delegationsleiter
 Professor Edding, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin
 Professor Esenwein-Rothe, Universität Nürnberg
 Professor Freudenberg, Universität Berlin
 Professor Harmsen, Dt. Akad. f. Bevölkerungswissenschaft, Hamburg
 Dipl.-Volkswirt Herberger, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
 Dr. Horstmann, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
 Professor Koller, Universität Mainz
 Dr. Mackensen, Sozialforschungsstelle, Dortmund
 Dr. Menges, Soziographisches Institut, Frankfurt
 Dr. Schubnell, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
 Dr. Schwarz, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
 Dipl.-Volkswirt Schwenk, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
 Frau Dr. Wander, Institut für Weltwirtschaft, Kiel
 Dr. Witt, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
 Frau Dr. Wülcker, Bonn
 Dipl.-Volkswirt Zöpfy, Bayerisches Statistisches Landesamt, München.

Die sowjetische Besatzungszone war durch 10 Teilnehmer vertreten. Von der Vertretung des Auswärtigen Amtes bei der Schutzmachtvertretung der Bundesrepublik in Belgrad unterstützte und betreute Legationsrat Dr. Weisel die Teilnehmer der Bundesrepublik und ließ



(65.3810)
65.3887 C

sich über den Verlauf der Konferenz unterrichten.

Die Zahl der Teilnehmer und der bei der Konferenz vertretenen Länder sowie die in den insgesamt 25 halbtägigen Sitzungen behandelten Themen zeigen die Bedeutung, die den Bevölkerungsproblemen und ihrer Lösung in allen Teilen der Erde heute zuerkannt wird. Rund 800 Personen aus 84 Staaten nahmen an der Konferenz teil. Gegenüber der ersten Weltbevölkerungskonferenz hat sich die Zahl der Teilnehmer verdoppelt, diejenige der Vertreter Asiens sogar verdreifacht. Die stärkste Delegation mit 157 Teilnehmern stellten die USA, es folgten Frankreich mit 59, Indien mit 58, Großbritannien mit 34 und die Sowjetunion mit 28 Vertretern.

Eine Übersicht über die vertretenen Staaten und die Zahl der Teilnehmer ist als Anlage 1 beigelegt.

Einer größeren Zahl jüngerer Demographen aus den Entwicklungsländern konnte durch Reisebeihilfen die Teilnahme ermöglicht werden. Hierfür waren durch die Union weit über 100 000 \$ US gesammelt worden, die in erster Linie durch John D. Rockefeller persönlich und durch amerikanische Stiftungen zur Verfügung gestellt wurden. Bei den Beiträgen einzelner Länder wurde neben Indien (10 000 \$ US) auch die Bundesrepublik Deutschland (7 000 \$ US) lobend und dankbar erwähnt.

Während der Konferenz fand auch die Generalversammlung der International Union for the Scientific Study of Population statt, der 740 gewählte Mitglieder aus 68 Ländern angehören.

Zum Präsidenten der Konferenz wurde Professor Vogelink, Jugoslawien, gewählt. Er wurde von sechs Vizepräsidenten aus Japan, Guinea, Mexiko, USA, UdSSR und Italien unterstützt. Konferenzsprachen waren Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch.

Der Konferenz lagen rund 500 wissenschaftliche Beiträge zur Beratung und Diskussion vor, etwas mehr als die Hälfte davon war von den Organisatoren der Sitzungen angefordert worden. Eine Übersicht über die Plenar- und Arbeitsgruppen-Sitzungen, die behandelten Themen und die eingereichten Beiträge ist als Anlage 2 beigelegt.

Die Anwesenheit zahlreicher Demographen in Belgrad wurde zu verschiedenen Zusammenkünften neben der Konferenz benutzt, von denen Angehörige des Statistischen Bundesamtes an den Sitzungen zur Vorbereitung der Europäischen Bevölkerungskonferenz 1966 (siehe Seite 7) sowie die Sitzung der Kommission über Geographie und Kartographie der Bevölkerung der Internationalen Geographenunion (vgl. Anlage 3) teilgenommen haben.

In den Eröffnungsansprachen des Präsidenten des Exekutivrates der Jugoslawischen Republik, Stambolic, des Vertreters des Generalsekretariats der Vereinten Nationen, de Seynes, und des Vorsitzenden des jugoslawischen Ausschusses für die Vorbereitung der Konferenz, Novak, wurde auf die Dringlichkeit hingewiesen, die Bevölkerungsentwicklung mit der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den Ländern und Erdteilen in Einklang zu bringen, was nur durch eine enge Zusammenarbeit möglich sei. Das Bevölkerungsproblem sei zu einem Schlüsselproblem der Menschheit geworden. Der Vertreter der UN machte auf das Mißverhältnis zwischen wissenschaftlicher Kenntnis und Forschung auf dem Gebiet der Bevölkerung und dem Bedarf an exakten, allgemein anerkannten Unterlagen für weittragende Entscheidungen und Maßnahmen aufmerksam. Während die Sozialwissenschaften sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu hoher Blüte entwickelt haben, blieb aus verschiedenen Gründen die bevölkerungswissenschaftliche Forschung weit dahinter zurück. Diese Lücke müsse so rasch wie möglich geschlossen werden. Dabei sei zu berücksichtigen, daß Bevölkerungs- und Wirtschaftsprobleme nie isoliert betrachtet werden können. Art und Umfang der Wechselwirkungen sind außerordentlich zahlreich und die Frage ist berechtigt, ob man überhaupt generelle Erklärungen und Lösungen finden kann.

Einen eindrucksvollen Bericht über Nahrungsversorgung, Bevölkerung und Menschenrechte gab der Generaldirektor der FAO, Dr. Sen. Er wies auf die seit über einem Jahrzehnt unternommenen Bemühungen der FAO hin, Vorschläge und Maßnahmen für die Verbesserung der Nahrungsmittelproduktion auszuarbeiten. Nahezu die Hälfte der Menschheit leide unter Hunger oder unzureichender Ernährung. Um die Unterernährung zu beseitigen und eine bescheidene Verbesserung des Ernährungsstandards zu erzielen, müßte bis 1975 bei dem sehr genau vorauszuschätzenden Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsländern die jährliche Nahrungsproduktion um 4 % gesteigert werden. Während der letzten fünf Jahre nahm in diesen Gebieten die Nahrungsmittelproduktion jedoch nur um 2,5 % jährlich zu. Dabei geht es nicht nur um die Investierung von Kapital, die bisher unzureichend war, sondern auch um eine langfristige Erziehung und Ausbildung der Bauern, damit die bisherige statische Selbstversorgungswirtschaft durch eine Geld- und Marktwirtschaft abgelöst werde. Die nächsten zwei oder drei Jahrzehnte in der Geschichte der Menschheit würden eine sehr kritische Zeit sein, in der sich entscheide, ob der Mensch die Verantwortung für sein künfti-

ges Schicksal mit Erfolg übernommen habe oder einer Katastrophe zugehe. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung müßten alle Maßnahmen für eine Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung ergriffen werden.

Der Präsident der Vereinigten Staaten richtete an die Weltbevölkerungskonferenz ein Telegramm, in welchem er versicherte, die USA würden den Vereinten Nationen bei der Aufgabe, die Nahrungs- und Rohstoffquellen der Welt in ein Gleichgewicht zur wachsenden Bevölkerung zu bringen, jede Hilfe leisten. Diese Aufgabe sei neben der Bewahrung des Friedens die größte der Menschheit.

Es ist im Rahmen dieses Berichtes unmöglich, im einzelnen auf den Inhalt der 500 Beiträge und die in den Diskussionen der 25 Sitzungen behandelten Probleme einzugehen. Es soll jedoch im Abschnitt II versucht werden, durch einige Hinweise zu den einzelnen Sitzungen die Art der behandelten Fragen und die Richtung der Auffassungen zu umreißen. Ein Verzeichnis der Sitzungsthemen ist dem Abschnitt II vorangestellt. Wenn-voraussichtlich bis Ende 1966-die Sitzungsprotokolle veröffentlicht sind, wird es möglich sein, sie im einzelnen auch für die künftigen Arbeiten im Bereich der amtlichen Statistik der Bundesrepublik auszuwerten.

Zusammenfassung

Die Weltbevölkerungskonferenz 1965 war, wie in der Schlußsitzung formuliert wurde, eine "übevölkerte" Konferenz, sie war zugleich aber auch eine eindrucksvolle Demonstration weltweiter Probleme und der durch sie ausgelösten wissenschaftlichen Forschungen. Nicht nur in den offiziellen Sitzungen, sondern in sehr großem Ausmaß in persönlichen Besprechungen und Diskussionen im kleinen Kreis konnte man Erfahrungen austauschen und sich über Ergebnisse oder Planungen informieren. Es fand in den offiziellen und persönlichen Gesprächen ein sehr freier Austausch der Meinungen statt, auch mit den Vertretern der kommunistischen Staaten, deren offizielle Stellungnahmen gelegentlich propagandistisch gefärbt waren, die aber zum Unterschiede zur ersten Weltbevölkerungskonferenz ganz offensichtlich nicht mehr doktrinär auf Parteimeinungen festgelegt waren. Während z.B. die sowjetrussischen Demographen 1954 noch behaupteten, in kommunistischen Gesellschaften gäbe es niemals ein Übervölkerungsproblem und der demographische Prozeß verlaufe dort anders als in den westlichen Staaten, vertraten sie jetzt die allgemeine These, daß mit der Industrialisierung ein Rückgang der Sterblichkeit aber auch ein Geburten-

rückgang verbunden sei, die zu erheblichen strukturellen Änderungen der Bevölkerung führen. Geburtenkontrolle als staatliche Maßnahme wird abgelehnt, Familienplanung als eine von den Ehepaaren zu treffende freie Entscheidung befürwortet. Die Methoden und Auswirkungen der Familienplanung werden auch in der UdSSR wissenschaftlich untersucht.

Bei allen Fragen, die die globale Entwicklung betrafen, wurde es als ein großer Mangel erachtet, daß kein Vertreter des Landes der Erde mit der größten Bevölkerungszahl, Rotchina, anwesend war, und umfassende, exakte Kenntnisse über die demographischen Vorgänge dort weitgehend fehlen. Im Blick auf die Bedeutung Chinas für die weitere Entwicklung der Bevölkerung der Erde wurde von einem Sprecher aus den USA vorgeschlagen, die dritte Weltbevölkerungskonferenz im Jahre 1975 in Peking abzuhalten.

Das Thema der Konferenz und der Diskussionen läßt sich in zwei Problemkomplexen zusammenfassen:

1. Möglichkeiten und Methoden der Verminderung des Bevölkerungswachstums,
2. Möglichkeiten und Methoden zur ökonomischen, sozialen und kulturellen Entwicklung der Welt.

Prof. Vogel'nik wies in seiner Schlußansprache darauf hin, daß die Menschheit bisher noch nicht den Stand der Weisheit erreicht habe, um ihr Wachstum unter Kontrolle zu bringen. Die Konferenz habe aber zweifellos dazu beigetragen, auf dem Weg zu einer rationalen Weltordnung ein Stück voran zu kommen. Ein endgültiges Urteil über das Ergebnis und den Nutzen einer solchen Konferenz könne erst mit größerem Zeitabstand gegeben werden, wenn die Erkenntnisse in den allgemeinen Schatz der Wissenschaften eingegangen seien.

Die Belgrader Konferenz war keine "akademische" Konferenz. Es gab kaum einmal eine Sitzung, in der sich die Diskussion in engste Fachfragen verloren hätte. Dagegen war aus den schriftlichen Beiträgen und den Diskussionen jeder Sitzung die hinter den wissenschaftlichen Erörterungen stehende praktische Problematik und ihre Dringlichkeit zu spüren. Das gilt vor allem für die Fragen des zunehmenden Ungleichgewichts zwischen Bevölkerungswachstum und möglichem Wirtschaftswachstum, für die Erfahrungen auf dem Gebiet der Familienplanung und für die durch Wanderungen und den rapiden Verstädterungsprozeß aufgeworfenen Schwierigkeiten. Die Aktualität der in Belgrad erörterten Fragen wurde auch dadurch vermittelt, daß eine große Zahl der Teilnehmer über Erfahrungen aus jahrelanger wissenschaftlicher

Arbeit in den Entwicklungsländern berichten konnte. In vielen Fällen nahmen diese Berichte, so u.a. bei einem Vertreter aus Hongkong, den Charakter eines Appells an, die Dringlichkeit der Lösung dieser Probleme zu erkennen und sich solidarisch zu fühlen. Gewisse Überschneidungen zwischen den Themen der 23 Sitzungen waren nicht von Nachteil, sie ließen vielmehr die Interdependenz der vielfältigen Faktoren erkennen, die bei demographischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Vorgängen wirksam sind.

Ein Vergleich des Ablaufs und der Ergebnisse der ersten und der zweiten Weltbevölkerungskonferenz zeigt, soweit sich das jetzt schon erkennen läßt, folgende Entwicklung:

Das Feld der zu behandelnden demographischen Probleme ist in den elf Jahren wesentlich breiter und vielfältiger geworden. Während 1954 noch die Frage im Vordergrund stand, wie man zu zuverlässigen und die tatsächlichen Vorgänge möglichst genau beschreibenden Daten kommen kann - ein wesentlicher Teil der damaligen Diskussion befaßte sich mit der Verbesserung der Zählungen, der Vereinheitlichung der Definitionen usw. - konnten 1965 an Hand der nun vorliegenden Ergebnisse und ihrer Analyse die Unterschiedlichkeit der demographischen und ökonomischen Situation, ihre Ursachen und ihre Trends erörtert werden. Hinsichtlich der Verfahren der Materialgewinnung, der Deutung der Daten, der Berechnung ihrer Zuverlässigkeit besteht bereits weitgehende Übereinstimmung. Viele Grundfragen, die 1954 noch umstritten waren, stehen jetzt nicht mehr zur Diskussion. Man ist zu allgemein anerkannten Auffassungen gekommen. Dabei spielt eine Rolle, daß neben dem Fortschritt auf dem Gebiet der demographischen Forschung in diesen elf Jahren auch erhebliche Fortschritte in der übereinstimmenden Beurteilung ökonomischer Fragen erzielt worden sind. Die Wissenschaft der Demographie ist als eine interdisziplinäre Wissenschaft erkannt und hat, nach der Auffassung des Präsidenten der Konferenz, jetzt ein Stadium erreicht, in dem sie sich in vielen Ländern als wissenschaftliche Disziplin etablieren konnte und anerkannt ist.

Ein Teil der unterschiedlichen Auffassungen, die in Belgrad zu Tage traten, geht auf Mißverständnisse, unterschiedliche Definitionen und unterschiedliche Aspekte zurück. Die Welt, in der wir leben, ist, nach den Worten des Präsidenten, viel zu komplex, als das man hoffen könnte, in allen Fragen einer Meinung zu sein. Es gibt Unterschiede in der theoretischen Interpretation von Bevölkerungsvorgängen, die

auf verschiedenartige Verfahren und Theorien zurückgehen, es gibt aber auch Unterschiede, die auf verschiedenartigen Wertvorstellungen, Zielsetzungen und politischen Meinungen beruhen. Ein Teil dieser Unterschiede wird sich jedoch mit der weiteren Klärung der Fakten und durch die Überzeugungskraft wissenschaftlicher Erkenntnisse beseitigen lassen.

Für die Teilnehmer aus der Bundesrepublik hat die Konferenz zweierlei gezeigt: Dank des weit ausgebauten Apparates der Verwaltung und amtlichen Statistik besitzt die Bundesrepublik ein außerordentlich breites Material für die Beurteilung der demographischen und ökonomischen Verhältnisse. Sie ist auch in der Lage, mittels der modernen Verfahren der Stichproben dieses Material aktuell zu ergänzen. Dagegen liegen wir auf dem Gebiet der Analyse gegenüber vielen anderen Ländern weit zurück. Während, wie eine Bilanz der Entwicklung der Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Demographie in den letzten elf Jahren ergab, in anderen Ländern, vor allem in den Ostblockstaaten, zahlreiche demographische Forschungseinrichtungen geschaffen worden sind, wurde auf diesem Gebiet in der Bundesrepublik nichts getan. Es gibt zwar Vertreter mehrerer Disziplinen, die sich mit bevölkerungswissenschaftlichen Fragen befassen, es gibt eine weit ausgebaute Bevölkerungsstatistik, es gibt aber keine bevölkerungswissenschaftliche Institution für Forschung oder Lehre. Den ausländischen Kollegen war es schwer begreiflich zu machen, warum es in der "fortschrittlichen" Bundesrepublik keine Lehrstühle und Institute für Demographie gibt und die Ergebnisse demographischer Arbeiten nicht einmal in einer eigenen wissenschaftlichen Zeitschrift veröffentlicht werden können.

Der Vorsitzende des Organisationsausschusses für die Vorbereitung der Europäischen Bevölkerungskonferenz, Direktor Bourgeois-Pichat, unterrichtete in einer besonderen Sitzung die Vertreter der europäischen Staaten über den Stand der Vorarbeiten für diese Konferenz und hielt eine Sitzung des Organisationskomitees ab.

Diese vom Europarat für den Herbst 1966 geplante Europäische Konferenz wird sich von der Weltbevölkerungskonferenz dadurch unterscheiden, daß in Straßburg auch Resolutionen gefaßt und Empfehlungen ausgearbeitet werden sollen, die in den 18 Mitgliedsstaaten von unmittelbarer Wirkung sein können. Die Europäische Bevölkerungskonferenz wird sich, besonders was die Zahl der Teilnehmer und der zu behandelnden Themen angeht, in einem kleineren Rahmen abspielen und dabei

speziell auf die europäischen Probleme abgestellt sein. Von beiden Konferenzen werden, wie zu erwarten ist, neue Anregungen und Impuls für die weitere Forschung auf dem Gebiet der Bevölkerungswissenschaften ausgehen.

Während der Konferenz in Belgrad fanden Empfänge statt durch den Präsidenten des Exekutivrats der Jugoslawischen Republik, Stambolic, den Vertreter des Generalsekretariats der Vereinten Nationen, de Seynes, den Vorsitzenden des jugoslawischen Vorbereitungskomitee Novak, ferner durch den Präsidenten der Stadtversammlung von Belgrad Kesic, und den Direktor des Jugoslawischen Statistischen Zentralamtes, Prof. Macura. Die Aufnahme der Teilnehmer der Weltbevölkerungskonferenz durch die jugoslawischen Kollegen, die Vertreter der Regierung und die Bevölkerung war betont gastfreundlich und hilfsbereit.

II

Die Sitzungen fanden an 18 Halbtagen mit der Dauer von jeweils drei Stunden statt. Daneben wurden einige informelle Diskussionssitzungen abgehalten. Die Organisatoren leiteten die Plenar- und Arbeitsgruppensitzungen mit grundsätzlichen Bemerkungen ein. Ein Berichtserstatter gab eine Zusammenfassung der zum Thema eingereichten wissenschaftlichen Beiträge und hob besonders problematische oder kontroverse Auffassungen hervor. Für die Diskussion war das Thema bereits vor der Sitzung nach einzelnen Punkten gegliedert. Wer zur Diskussion sprechen wollte, mußte sich spätestens einen Tag vor der Sitzung in eine Liste zu dem Punkt, zu dem er zu sprechen wünschte, eintragen. Nur ausnahmsweise waren Diskussionsmeldungen auch noch während der Sitzung möglich. Dieses Verfahren verhinderte einen unmittelbaren Gedanken- und Erfahrungsaustausch und spontane Diskussionen, war aber bei der großen Zahl der wissenschaftlichen Beiträge - zu einzelnen Sitzungen waren mehr als 30 eingereicht worden - und den oft über 20 Diskussionsmeldungen nicht zu ändern. Sehr häufig wurden die Diskussionen im Anschluß an die Sitzungen in persönlichen Gesprächen oder in kleinen Gruppen weitergeführt.

Für jede Sitzung wurde ein Bericht abgefaßt, der den Verlauf der Diskussion und das Ergebnis wiedergab. Diese Berichte wurden an den beiden letzten Halbtagen verlesen; die Diskussion dieser Berichte beschränkte sich aus Zeitmangel im wesentlichen auf Richtigstellungen oder kleinere Ergänzungen.

Die angeforderten wissenschaftlichen Beiträge sowie die Zusammenfassungen des Sitzungsberichts und der Diskussionsbeiträge werden voraussichtlich bis Ende 1966 von den Vereinten Nationen veröffentlicht. Ein Teilnehmer der Bundesrepublik war Berichtserstatter für die Sitzung über Definition und Messung der Arbeitskräfte und Erwerbstätigkeit. Die von Demographen der Bundesrepublik eingereichten Beiträge sind in Anlage 4 zusammengestellt. Eine Zusammenstellung der von den UN veranlaßten Ausarbeitungen (back-ground-papers) ist als Anlage 5 beigegeben.

Um den thematischen Aufbau der Konferenz erkennen zu lassen, wird in der Reihenfolge berichtet, in der die Sitzungen aufeinander folgten. Die zur Diskussion gestellten Punkte sind, zum Teil in abgekürzter Form, vorangestellt. Es wurden in den Sitzungen folgende Themen behandelt:

Übersicht über die Sitzungsthemen

Nr.der Sitzung	Thema
A. 1:	Fruchtbarkeit (Seite 11)
B. 1:	Die Faktoren und Verhaltensweisen bei der Entwicklung der Fruchtbarkeit in den Gebieten, in denen die Fruchtbarkeit relativ hoch ist (Seite 12)
B. 7:	Neue Entwicklungen in der Messung und Analyse der Faktoren des Bevölkerungswachstums und der Bevölkerungsstruktur (Seite 14)
B. 2:	Die Faktoren und Verhaltensweisen der Entwicklung der Fruchtbarkeit in Gebieten, in denen die Fruchtbarkeit relativ niedrig ist (Seite 15)
B. 6:	Die Methoden zur Gewinnung demographischer Grundlagen in Gebieten, für die Angaben fehlen oder ungenügend sind (Seite 16)
B.13:	Untersuchungen zur Familienplanung (Seite 17)
B.12:	Genetik der Bevölkerung (Seite 19)
A. 2:	Sterblichkeit (Seite 20)
B. 9:	Internationale Wanderungen in ihrem Zusammenhang mit wirtschaftlichen und demographischen Problemen in den Entwicklungsländern (Seite 21)
B. 3:	Sterblichkeit, Krankheitshäufigkeit und Todesursachen (Seite 22)
A. 3:	Binnenwanderungen mit besonderer Berücksichtigung der Land - Stadt - Wanderung (Seite 23)
A. 8:	Die demographischen Aspekte der Entwicklung der Städte und des Wohnungswesens (Seite 25)
B. 8:	Die Förderung demographischer Forschung und Ausbildung in Entwicklungsländern (Seite 26)
A. 4:	Trend und Aussichten der künftigen Bevölkerungsentwicklung (Seite 29)
A. 6:	Die demographischen Aspekte der Ausbildungsfragen (Seite 31)
A. 5:	Die demographischen Aspekte des Arbeitskräfteangebots und der Erwerbstätigkeit (Seite 33)
B.11:	Definition und Messung des Arbeitskräftepotentials und der Erwerbstätigkeit (Seite 35)
B. 4:	Vorausschätzung der Zahl der Bevölkerung und ihrer Struktur nach Alter und Geschlecht (Seite 36)
B.10:	Bevölkerung und Rohstoffquellen (Seite 37)
B. 5:	Vorausschätzung der städtischen, ländlichen und der erwerbstätigen Bevölkerung, der Haushalte und Familien (Seite 39)
A. 7:	Die demographischen Aspekte der landwirtschaftlichen Entwicklung und der Nahrungsversorgung (Seite 40)
A. 9:	Die demographischen Aspekte der Kapitalbildung, Investierung und wirtschaftlichen Entwicklung (Seite 43)
A.10:	Die demographischen Aspekte des Wirtschaftswachstums (Seite 45)

A. 1: Fruchtbarkeit (30.8. vorm.)

- a) Höhe und Trend der Fruchtbarkeit
- b) Einfluß wirtschaftlicher und sozialer Faktoren auf die Fruchtbarkeit, Auswirkungen auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Entwicklungsländern
- c) Wirksamkeit politischer Maßnahmen, die auf eine Beeinflussung der Fruchtbarkeit zielen.

Welche Bedeutung die Konferenz der Entwicklung der Geburtenzahl beimaß, geht daraus hervor, daß dieses Thema an den ersten beiden Tagen behandelt wurde. Die Behauptung allerdings, die Fruchtbarkeit verursache die größten Schwierigkeiten in der Entwicklung der Menschheit, gibt nur die halbe Wahrheit wieder, weil die Diskrepanz zwischen dem Bevölkerungswachstum und den Nahrungs- und Rohstoffquellen in erster Linie ausgelöst wurde durch ein rapides Absinken der Sterblichkeit, allerdings bei in den Entwicklungsländern nahezu konstant bleibender meist sehr hoher Geburtenzahl je Ehe. Die Höhe der Fruchtbarkeit wird von einer Reihe von Variablen bestimmt, unter anderem vom Alter, in dem der Geschlechtsverkehr begonnen wird, vom Alter der Frau bei der Eheschließung, von der Kenntnis von Verhütungsmitteln, der Verbreitung der Abtreibung, dem Geburtenabstand, der Erwerbstätigkeit der Frauen und Mütter, evtl. auch von nationalen Gesichtspunkten. Hinzu kommt die Einstellung der Ehepaare zur Zahl der gewünschten Kinder. Der Autor eines Beitrags vertrat die Auffassung, daß die Abtreibung - ob erlaubt oder nicht - im Übergang von höher zu niedriger Fruchtbarkeit die größte Rolle spiele. Keine staatliche Politik der Geburtenregelung habe praktisch den Effekt, der durch Abtreibung bewirkt werde.

Die Altersstruktur einer Bevölkerung hängt sehr viel stärker von der Geburtenhäufigkeit ab als von der Sterblichkeit. Wenn man die Länder einteilt in eine Gruppe mit hoher und eine solche mit niedriger Fruchtbarkeit, so stellt man auch innerhalb der beiden Gruppen noch sehr starke Schwankungen fest. Die in den wissenschaftlichen Beiträgen und in der Diskussion geschilderten Fakten zeigen, daß die Zusammenhänge in keiner Weise eindeutig und einheitlich sind. So bedeute Verstädterung nicht überall niedrigere Fruchtbarkeit, sondern nur eine neue Anpassung an die veränderten Lebensverhältnisse. Die These, in kapitalistischen Ländern sei die Fruchtbarkeit niedriger, da sich die Bevölkerung "unsicher" fühle, wird schon durch die Tatsache widerlegt, daß in den Ostblockstaaten zum Teil eine niedrigere Fruchtbarkeit festzustellen ist als in westlichen Ländern. Bei der

sinkenden Fruchtbarkeit handelt es sich, wie viele Beispiele zeiger offensichtlich um einen allgemeinen Trend und weniger um psychologische oder Gefühlsunterschiede. Der Zusammenhang zwischen ökonomischem Fortschritt und sinkender Fruchtbarkeit ist allerdings noch nicht gesichert. Es wurden zu dieser Frage regionale Untersuchungen verlangt. Ebenso sei der Einfluß des Umfangs und der Art der Erwerbstätigkeit von Frauen und des Bildungsgrades auf die Zahl der in der Ehe geborenen Kinder noch differenzierter zu untersuchen. Es wurde auf die Ergebnisse von Untersuchungen in Industrieländern hingewiesen, wonach ein höheres Prokopf-Einkommen teilweise zu höherer Fruchtbarkeit geführt habe. Ein französischer Sprecher wies allerdings darauf hin, daß in Frankreich zeitweise die Fruchtbarkeit auch ohne Steigerung des Prokopf-Einkommens gestiegen sei. Allgemein wurde anerkannt, daß ^{man} Vereinfachungen und Verallgemeinerungen vermeiden müsse. Die Frage an die Vertreter der Sowjetunion, warum keine Zahlen über die in Kliniken vorgenommenen Abtreibungen veröffentlicht würden wie in anderen Ostblockländern, ist unbeantwortet geblieben.

In der Diskussion wurde auch auf die Frage der Familienplanung, der eine besondere Sitzung gewidmet war, eingegangen. Sie mache besondere Aufklärung und Beratung notwendig, wofür ausreichende Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müßten. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß in einigen Ländern und Zeitabschnitten der Geburtenrückgang schon eingesetzt habe, ehe überhaupt von Familienplanung gesprochen wurde. Um diese Zusammenhänge aufzudecken, sei Motivforschung erforderlich. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die bisher festgestellte negative Korrelation zwischen Fruchtbarkeit und Wirtschaftsentwicklung in den Entwicklungsländern nicht mehr so stark ausgeprägt sei.

B. 1: Die Faktoren und Verhaltensweisen bei der Entwicklung der Fruchtbarkeit in den Gebieten, in denen die Fruchtbarkeit relativ hoch ist (30.8. nachm.)

- a) Fruchtbarkeitsunterschiede im Hinblick auf die gegenwärtige und die künftig zu erwartende Entwicklung der Fruchtbarkeit
- b) Auswirkungen von Heiratsgewohnheiten und Familienstruktur auf die Fruchtbarkeit
- c) Lebensgewohnheiten und Motive, die die Fruchtbarkeit beeinflussen sowie Kenntnis und Anwendung der Methoden der Fruchtbarkeitskontrolle.

Es ist bekannt, daß die Bevölkerungen Asiens, Lateinamerikas und Afrikas, das sind rd. zwei Drittel der Menschheit, infolge ihres hohen natürlichen Bevölkerungszuwachses Gefahr laufen, auf längere Zeit ihr gegenwärtiges wirtschaftliches Niveau nicht verbessern zu können. Ein maßvolles Bevölkerungswachstum kann nur erreicht werden, wenn sich die Lebensgewohnheiten und sozialen Verhaltensweisen - und damit das generative Verhalten - ändern. Da die Höhe der Fruchtbarkeit von verschiedenen Faktoren beeinflusst wird und in den einzelnen Ländern unterschiedliche Voraussetzungen vorliegen, werden auch die Maßnahmen zur Beschränkung des Bevölkerungszuwachses differenziert werden müssen. Obwohl im gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine genauen Vorstellungen über die zu treffenden Einzelmaßnahmen vorliegen, nimmt man doch an, daß es in den nächsten Jahrzehnten gelingt, den Bevölkerungszuwachs in den bedrohten Ländern allmählich an das europäische Niveau heranzuführen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich bestimmte Maßnahmen oder Entwicklungen in den verschiedenen Ländern unterschiedlich auswirken. So wurde beispielsweise im Sudan als Folge des wirtschaftlichen Fortschritts eine Zunahme der Geburtenhäufigkeit festgestellt, die vermutlich aber nur vorübergehend sein wird. In Frankreich hat sich die Familienhilfe auf die Fruchtbarkeit insgesamt zwar stimulierend, jedoch mit regionalen Unterschieden ausgewirkt.

Die Fruchtbarkeit ist in starkem Maße abhängig vom Heiratsalter, da mit zunehmendem Alter der Frau die Fortpflanzungsfähigkeit und -willigkeit nachläßt. In vielen Entwicklungsländern liegt jedoch das durchschnittliche Heiratsalter aufgrund traditionsgebundener und religiöser Vorstellungen sehr niedrig, so daß die meisten Frauen zum biologisch frühesten Zeitpunkt in den Fortpflanzungsprozeß eintreten. Durch häufige Ehescheidungen mit nachfolgender Wiederverheiratung kann die Fruchtbarkeit bis an die Grenzen des biologisch Möglichen gesteigert werden. Für Indien wurde errechnet, daß eine Verschiebung des mittleren Heiratsalters der Frau, das dort z.Z. bei ungefähr 15 Jahren liegt, um vier Jahre nach oben einen Rückgang der Fruchtbarkeit um 30 % zur Folge haben würde. Das Heiratsalter der Frau ist teilweise abhängig von ihrer Stellung in der Gesellschaft, insbesondere von ihrer Beteiligung an Ausbildung und Erwerbsleben. Erwerbstätige Frauen heiraten im allgemeinen später als solche, die keinen Beruf erlernt oder ausgeübt haben. Man hat auch in den Entwicklungsländern beobachtet, daß Frauen, die in Großfamilien leben, fruchtbarer sind als Frauen in Eingenerationenfamilien. Dies hängt

vermutlich damit zusammen, daß in der Großfamilie stärker auf die Erhaltung der Tradition geachtet wird, daß sich dort aber auch der Einzelne mehr geborgen fühlt.

Neben Heiratsalter und Familienstruktur spielt auch das Bildungsniveau eine zwar differenzierte, aber sehr bedeutende Rolle für die Fruchtbarkeit. Analphabetentum steht in engem Zusammenhang mit hoher Fruchtbarkeit, die jedoch andererseits keinesfalls auf Analphabeten beschränkt bleibt. Fehlende Elementarbildung bindet die Frau stärker an Haus und Familie und fördert das Verharren in der Tradition. Dadurch werden der Zugang zur Ausbildung und Berufsausübung sowie die Einsicht in die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Familienplanung erschwert. Eine enge Abhängigkeit zwischen Fruchtbarkeit und Bildungsgrad der Frau läßt sich aus der Volkszählung 1960 für die Vereinigte Arabische Republik nachweisen. Bildungsunterschiede werden auch in erster Linie die Ursache sein, daß in städtischen Gebieten mehr Verhütungsmittel angewendet werden als auf dem Lande. In den Ländern des europäischen Kulturkreises ist die Korrelation zwischen Bildungsgrad und Fruchtbarkeit der Frau differenzierter. Es wurden Beobachtungen aus jüngster Zeit berichtet, wonach Frauen mit höherer Ausbildung eine höhere Fruchtbarkeit aufweisen.

B. 7: Neue Entwicklungen in der Messung und Analyse der Faktoren des Bevölkerungswachstums und der Bevölkerungsstruktur
(30.8. nachm.)

- a) Verwendung von Modellen in der Demographie
- b) Längsschnittstudien
- c) Anwendung von Stichprobenuntersuchungen
- d) Anwendung von Elektronen-Datenverarbeitungsmaschinen.

Obwohl für diese Sitzung 24 wissenschaftliche Beiträge eingereicht worden sind, wurde im einleitenden Bericht darauf hingewiesen, daß es auf diesem Gebiet noch an einer Übersicht mangle über das, was bisher getan worden sei, u.a. hinsichtlich der Überprüfung der Ergebnisse von Volkszählungen. Die Diskussion beschäftigte sich überwiegend mit der Frage, in welcher Weise und mit welchem Erfolg Computer eingesetzt werden können. Zweifellos wird die Entwicklung theoretischer Modelle durch die Möglichkeit, mit elektronischen Maschinen zu arbeiten, gefördert. Eine Gefahr wird darin gesehen, daß derartige Untersuchungen sich nur auf einzelne Sektoren erstrecken und dadurch nur Teilresultate bringen. Die demographischen Sektoren müßten in ihrem Zusammenhang gesehen und die Berechnungen darauf abgestellt werden. Ferner wurde es für erforderlich gehalten, langfristige Studien, an denen es bisher mangelt, zu fördern und auszubauen und

bei den Stichprobenuntersuchungen den Fehlerbereich möglichst zu senken. Ein schwedischer Sprecher wies darauf hin, daß man beabsichtige, eine Bevölkerungsregisternummer einzuführen und dann die Zählkarten der Personenstandsfälle mittels Computer mit den Volkszählungsunterlagen zusammenzuführen; man will so zur Kombination von Kohortenanalyse und cross-sectional-Untersuchungen gelangen.

B.2 : Die Faktoren und Verhaltensweisen der Entwicklung der Fruchtbarkeit in Gebieten, in denen die Fruchtbarkeit relativ niedrig ist (31.8. vorm.)

- a) Allgemeine Faktoren, die mit niedriger Fruchtbarkeit in Verbindung stehen
- b) Typische Wechselwirkungen niedriger Fruchtbarkeit
- c) Regulierung der Fruchtbarkeit in modernen Ländern
- d) Das Fruchtbarkeitsverhalten und seine Ursachen in Ländern mit niedriger Fruchtbarkeit.

Einleitend wurde festgestellt, daß die Abnahme der Fruchtbarkeit in allen Ländern erst bei den über 30jährigen Frauen festgestellt werden konnte. Die 23 Beiträge hätten, nach der Auffassung des Berichterstatters, wenig neue Ergebnisse gebracht, deshalb sei zu empfehlen, Untersuchungen in kleineren Regionen durchzuführen, um neue Erkenntnisse für die Wirkung der einzelnen Komponenten zu gewinnen. Auch die Frage, warum in Europa 1 - 3 Kinder "gewünscht" würden, in den Vereinigten Staaten aber 2 bis 4 Kinder, ließe sich wegen der Heterogenität der Gesellschaft nur in kleineren regionalen Gebieten untersuchen.

Ein englischer Sprecher bemerkte, Malthus werde in den Beiträgen sehr häufig zitiert. Seine Behauptungen, daß sich die Bevölkerung in 25 Jahren verdoppelt, habe damals für die USA gestimmt und sollte im übrigen nur eine Modellrechnung sein. Malthus war Sozialpolitiker und hat aktuelle Vorschläge zur Behebung der Armut gemacht. Es sei ungerecht, ihn deswegen heute noch heranzuziehen und von "Neomalthusianismus" zu sprechen.

Ein Sprecher aus Israel berichtete, daß die erste Generation nach der Einwanderung sich hinsichtlich der Fruchtbarkeit noch so verhalte, wie es im Ursprungsland üblich gewesen sei; die zweite Generation habe jedoch ihre Verhaltensweise schon an die Verhältnisse in der neuen Heimat angepaßt. In den USA werden die neuen Empfängnisverhütungsmittel in mehreren Studien auf ihre Wirkung untersucht. In der Diskussion wurde geäußert, der Einfluß der IUCD (Intra Uterine Contraception Devices) auf die Geburtenzahl werde nicht groß

sein, wohl aber werde die Zahl der Abtreibungen dadurch beeinflusst. Die weitere Diskussion befaßte sich mit der Auswirkung der Anwendung der "Pille". Bisher sei die Wirkung nicht genau erfaßbar. Es wurde darauf hingewiesen, daß bei den unter 20jährigen Frauen die Fruchtbarkeit gestiegen, bei den älteren dagegen gesunken sei.

Ein Vertreter der USA berichtete über Befragungen von 700 Familien in den USA und Belgien. Die Ehepaare wurden gefragt, wieviel Kinder sie haben würden, wenn sie noch einmal leben würden und wieviel Kinder sie noch haben möchten. Es wurden die Abweichungen festgestellt. Dabei ergab sich, daß je religiöser die Eheleute waren, um stärker sich Tatsachen und Wunsch im Einklang befanden. Mehrere Sprecher hielten es für erforderlich, die Wanderungsstatistiken auszubauen und nach Alter, Geschlecht und Familienstand zu differenzieren, um dadurch die Fruchtbarkeitsstatistik verbessern zu können.

B. 6: Die Methoden zur Gewinnung demographischer Grundlagen in Gebieten, für die Angaben fehlen oder ungenügend sind (31.8. vorm.)

- a) Neuere Methoden der Datengewinnung
- b) Methoden der Bearbeitung fehlerhafter Daten
- c) Verbesserung traditioneller Quellen statistischer Daten.

In etwa der Hälfte der für die Sitzung eingereichten 33 Beiträge wurden neuere Methoden der Datengewinnung behandelt. Dabei ergab sich, daß Versuche zur Entwicklung von Methoden, die für viele Zwecke anwendbar sind, wenig Erfolg haben. Es hat sich gezeigt, daß wesentliche Verbesserungen der traditionellen Methoden bisher nicht erreicht werden konnten und daß künftig die Stichprobe das wichtigste Mittel sein wird, um auch dort demographische Grunddaten zu ermitteln, wo sie bisher völlig fehlen oder fehlerhaft sind. Parallel mit der Anwendung neuerer Methoden gehen Untersuchungen der möglichen spezifischen Fehlerquellen der verschiedenen Verfahren. Will man z.B. eine Längsschnittuntersuchung mit Hilfe einer sogenannten "Rückbefragung" durchführen, das heißt Personen nach Ereignissen fragen, die eine bestimmte Zeit zurückliegen, so muß untersucht werden, ob und welche Verzerrung der Ergebnisse durch den sog. Erinnerungsfehler auftreten kann. Daneben ist es erforderlich, daß die Entwicklung von Methoden zur Korrektur fehlerhafter Daten und zur Bereinigung von in verschiedenen Statistiken enthaltenen sich widersprechenden Ergebnissen fortgesetzt wird. Statt nach allgemein anwendbaren Modellen zu suchen, sollten unter Berücksichtigung des jeweiligen Zweckes der Statistik die "Regelmäßigkeiten" in den

Ergebnissen festgestellt werden. Verallgemeinerungen mit dem Ziel, Lücken in den Daten zu füllen, seien nur für den Typus nach ähnliche Fälle zulässig. Es wurde vor der Entwicklung und Anwendung wirklichkeitsfremder Theorien gewarnt.

Ein Vertreter der UdSSR warf im Zusammenhang mit einem Bericht über eine als pilot-survey durchgeführte Untersuchung der Fruchtbarkeit die Frage auf, ob und welche Möglichkeiten bestehen, Ergebnisse derartiger Studien zu verallgemeinern. Diese methodische Frage ist von der Deutschen Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft vor mehreren Jahren behandelt worden.

Ein Sprecher der Bundesrepublik wies auf die mit dem Einsatz von Computern gegebenen technischen Möglichkeiten für die Auswertung der Zählungsergebnisse hin. Er forderte eine engere Zusammenarbeit der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen, insbesondere bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, da man sonst Gefahr laufen würde, daß man zwar die technischen Möglichkeiten zur Bereitstellung der Vielzahl der benötigten Daten geschaffen habe, aber die personellen Voraussetzungen fehlen, um diese Daten zu analysieren.

B. 13: Untersuchungen zur Familienplanung (31.8. nachm.)

- a) Wert und Auswirkung der von Regierungen unterstützten Programme
- b) Demonstration-Programme
- c) Methode und Technik.

Das Thema der Familienplanung war auf Wunsch verschiedener Entwicklungsländer vom Ausschuß für die Vorbereitung der Konferenz nachträglich noch aufgenommen worden, nachdem das Tagungsprogramm bereits feststand. Das große Interesse an diesen Fragen ging nicht nur aus der Zahl der 34 eingereichten Beiträge hervor, die neben dem Thema der Binnenwanderung und der demographischen Methoden die Höchstzahl darstellte, sondern auch an der außerordentlich großen und lebhaften Beteiligung in der Diskussion.

Weitgehende Übereinstimmung herrschte darüber, daß die Familienplanung gefördert werden solle. Dazu sei die Aufklärung der Bevölkerung und die Bereitstellung geeigneter Mittel erforderlich. Die von den Eheleuten gewünschte Kinderzahl sei unterschiedlich je nach den Bevölkerungsgruppen. Familienplanung bedeute keineswegs immer nur Geburtenbeschränkung. Die freie Entscheidung müsse immer bei den Ehepaaren liegen. Das Familienplanungsprogramm müsse Teil eines allgemeinen Entwicklungsprogramms sein. Das Verhältnis zwischen den auf-

gewendeten Kosten für Familienplanung, die im allgemeinen relativ gering seien, müsse mit dem zu erzielenden Erfolg in Einklang stehen.

Auch in der Diskussion zeigte sich, daß die Praxis und Notwendigkeit einer Familienplanung wohl allgemein anerkannt ist, daß hinsichtlich der Mittel und Methoden jedoch unterschiedliche Auffassungen bestehen. Ein Vertreter der Sowjetunion wies darauf hin, daß bewußte Elternschaft von der UdSSR anerkannt werde, die Sowjetische Regierung habe niemals Maßnahmen ergriffen, um die Zahl der Geburten künstlich zu vermindern. Die Sowjetunion sei ein großes Land und brauche viele Menschen, die Entscheidung über die Zahl der Kinder überlasse man aber den Ehepaaren. Es werden in der UdSSR eine Reihe von Untersuchungen auf Stichprobenbasis über die Fragen der Familienplanung durchgeführt. Der auch in der Sowjetunion eingetretene Geburtenrückgang wird nicht bestritten, er stehe im Zusammenhang mit der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Familien, allgemein mit der industriellen Entwicklung und der Beteiligung der Frau am Erwerbsleben.

Bei der Diskussion der Mittel der Familienplanung wurde festgestellt, daß bisher noch zu wenig für die Verbreitung der "Pille" getan worden sei, die von allen Methoden die sicherste und erfolgreichste sei. Sehr viel schwieriger, gerade in Entwicklungsländern, sei die Anwendung der IUCD-Methode (Intra Uterine Contraception Devices). Verschiedene Sprecher betonten, daß Geburtenplanung immer unter der persönlichen Verantwortlichkeit der Eltern erfolgen müsse. Die Wahl der Mittel und Methoden sei abhängig von sozialen, kulturellen und psychologischen Faktoren. Was die oralen Mittel angehe, so müßte man noch Untersuchungen über die langfristigen psychologischen und physiologischen Auswirkungen durchführen. Überwiegend würden die Mittel heute noch bei der Frau angewendet, obwohl auch beim Mann wirksame Mittel bereits entwickelt seien. Ein anderer Sprecher wies darauf hin, daß Familienplanung weniger eine Frage der Mittel und Methoden als, besonders in den Entwicklungsländern, eine Frage der Organisation sei. Die bisherigen Programme seien wenig wirksam gewesen. Mit der Verteilung von Verhütungsmitteln sei es nicht getan. Es müßte auch eine Organisation geschaffen werden, der Ärzte, Hebammen, Kindergärtnerinnen, Fürsorgerinnen, Behördenvertreter angehörten. Der Bevölkerung sei die Motivierung verständlich zu machen. Je nach dem Alter der Frau müßten unterschiedliche Mittel zur Anwendung

kommen. Man müßte regionale Studien durchführen und die Bevölkerung in regional klein abgegrenzten Gebieten erreichen. Dabei sollten in jeder Gemeinde nicht nur ein Ehepaar, sondern möglichst zehn Ehepaare für die Familienplanung gewonnen werden; das sei dann die Grundlage für ein wirksames Programm.

Je nach den Erfahrungen äußerten sich die Sprecher sehr optimistisch oder sehr pessimistisch. Im allgemeinen herrschten aber die kritischen und pessimistischen Auffassungen vor. Die Vertreter der Entwicklungsländer verlangten Hilfe. Sie befürchteten, daß große und rasche Erfolge, durch die die Lage geändert werden könne, nicht eintreten würden. Ein Vertreter der UN stellte fest, daß die demographische Struktur der Bevölkerung und Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden müsse. In vielen Ländern werde die bereits bestehende Altersstruktur selbst bei einer Verminderung der Geburten auf lange Zeit hinaus ein zunehmendes Wachstum der Bevölkerung verursachen.

Allgemein bestand Übereinstimmung, daß in den Gebieten mit gegenwärtig zu hohem Bevölkerungszuwachs auf die Dauer die Freigabe der Abtreibung und die Sterilisation nicht die geeigneten Methoden seien, ebenso wenig aber auch die Verschiebung des Heiratsalters. Eine Lösung der Probleme auf lange Sicht könne nur durch die Pille erwartet werden. Die Behauptung, daß die Pille Krebs verursache, wurde von medizinischer Seite als falsch und unbeweisbar zurückgewiesen.

B. 12: Genetik der Bevölkerung (31.8. nachm.)

- a) Geographische Unterschiedlichkeit der Krankheitsverbreitung und der genetischen Verhältnisse
- b) Die Eheschließung unter Blutsverwandten und ihre genetischen Auswirkungen
- c) Die Verwendung der Ergebnisse allgemeiner bevölkerungsstatistischer Erhebungen für Untersuchungen der Genetik der Bevölkerung.

In den zwölf zu dieser Sitzung eingereichten Beiträgen und in der Diskussion wurde auf den engen Zusammenhang zwischen Studien auf dem Gebiet der Genetik und allgemeinen demographischen Forschungen hingewiesen. Der qualitative Bestand der Bevölkerung werde durch Selektion und Veränderung der Gene, durch Mutation und Wanderung verändert. Es sei wichtig zu wissen, daß in einer gewissen Zeit eine bestimmte Zahl von Angehörigen der Bevölkerung a zur Bevölkerung b überwechseln und sich damit die genetische Zusammensetzung beider Bevölkerungen ändere. Die Genetiker brauchten für ihre Arbeiten bessere Unterlagen; es wurde diskutiert, ob sie aus dem Zensus gewonnen werden könnten. Notwendig sei eine mehr dynamische Auffassung und Beob-

achtung des Zusammenspiels zwischen genetischen und demographischen Fakten und die gegenseitige Unterrichtung. Relativ einfache Fragen können heute noch nicht mit Sicherheit beantwortet werden, so u.a. diejenige, warum die Menschen nach Typen und verschiedenen Formen gegliedert sind, ob diese Gliederung stabil sei oder sich allmählich ändere und in welcher Richtung und in welcher Weise sich Veränderungen auf demographischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet auch genetisch auswirken.

A. 2: Sterblichkeit (1.9. vorm.)

- a) Niveau und Trend der Sterblichkeit und der Zusammenhang mit Alter und Geschlecht
- b) Auswirkungen von Maßnahmen auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit und wirtschaftlicher wie sozialer Faktoren auf die Sterblichkeit, vor allem in Entwicklungsländern
- c) Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der sinkenden Sterblichkeit und der Verbesserung der Gesundheit.

Die größte Reduktion der Sterblichkeit ist im Alter zwischen 1 und 14 Jahren erreicht worden, am schnellsten lasse sich die Säuglingssterblichkeit reduzieren. Die Sterblichkeit der Frauen sei relativ schneller vermindert worden als die der Männer.

Bei diesem Prozeß sind zahlreiche interdependente Faktoren, vor allem bei der Säuglings- und Kindersterblichkeit wirksam. Die sozialen Unterschiede spielten besonders nach dem 1. Lebensmonat eine Rolle. In der Nachkriegszeit sei ein spektakulärer Rückgang festzustellen gewesen, der sich aber nicht fortsetzen wird. In vielen Ländern sei die Sterblichkeit durch wirtschaftliche Reformen gesenkt worden, in anderen Ländern dagegen sei trotz der Verbesserung der medizinischen Verhältnisse die Sterblichkeit nicht wesentlich zurückgegangen, weil die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nicht hätten verbessert werden können. Die Senkung der Sterblichkeit wirke sich in Bezug auf die Erhaltung und Ausnutzung menschlicher Arbeitskraft als Gewinn volkswirtschaftlichen Potentials aus. Die Investitionen in Erziehung und Ausbildung würden damit weniger riskant. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die festzustellenden Unterschiede oft auf der unterschiedlichen Erfassung der Daten und ihrer Vollständigkeit beruhen. Untersuchungen über die nach sozialen Verhältnissen differenzierte Sterblichkeit sind in Frankreich durchgeführt worden. Ein Sprecher warnte vor der einfachen Extrapolation von Sterbeziffern. Es wurde empfohlen, Untersuchungen nach sozio-ökonomisch homogenen Gebieten durchzuführen, besonders in den Ent-

wicklungsländern; man habe damit aber auch z.B. in Chicago Erfolg gehabt. Auf den Zusammenhang zwischen Säuglingssterblichkeit und Bildungsgrad der Mutter wurde verwiesen.

B. 9: Internationale Wanderungen in ihrem Zusammenhang mit wirtschaftlichen und demographischen Problemen in den Entwicklungsländern (1.9. nachm.)

- a) Mögliche Auswirkungen der Ein- und Auswanderung auf Wachstum und Struktur der Bevölkerung
- b) Einwanderung als Mittel für die Gewinnung von Fachkräften und als Voraussetzung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt
- c) Ökonomische Aspekte der Ein- und Auswanderung.

Die Auswanderung ist schon immer als Mittel benutzt worden, den Bevölkerungsdruck in bestimmten Gebieten zu lindern oder wirtschaftlichen Nötständen auszuweichen. Ähnlich wie im 18. und 19. Jahrhundert ein ständiger Strom von Auswanderern aus Europa nach Übersee zog - gelegentlich fanden auch Rückwanderungen statt - so war in den vergangenen Jahrzehnten eine starke Wanderung aus den dichtbevölkerten asiatischen Ländern Japan, China und Indien in die weniger dicht besiedelten süd-ostasiatischen und ost-afrikanischen Randgebiete und in die Mandschurei zu beobachten. Bei dem starken natürlichen Bevölkerungszuwachs, wie er Indien und China in den letzten Jahren und Jahrzehnten festzustellen war, ist jedoch die Verminderung der Bevölkerungszahl durch Auswanderung unzureichend und ungeeignet, das Gleichgewicht zwischen Bevölkerung und Unterhaltungsmitteln herzustellen. Eine Verstärkung der Auswanderung scheitert an der Aufnahmefähigkeit und Aufnahmewilligkeit der Einwanderungsländer. Die Bevölkerungsstruktur der Auswanderungsländer wird durch die Wanderungsverluste meist einseitig verändert, da die Familienwanderungen nur eine verhältnismäßig geringe Rolle spielen. Die Auswanderer sind überwiegend Männer jüngeren Alters. Da die mobilen Bevölkerungsteile erfahrungsgemäß besser qualifiziert sind als der Bevölkerungsdurchschnitt, hinterlassen sie in den Auswanderungsländern, sofern diese selbst entwicklungsbedürftig sind, empfindliche Lücken. Die Aussichten für einen internationalen Bevölkerungsausgleich durch Wanderungen werden für die Zukunft gering eingeschätzt.

Die Einwanderung von Fachkräften, insbesondere solche mit handwerklicher und technischer Ausbildung, wird seit langem von den aufnahmefähigen Ländern gefördert. Diese Art der Zuwanderung ist eine wichtige Voraussetzung für den weiteren wirtschaftlichen Fortschritt,

Für Entwicklungsländer ist die Abwanderung eigener Fachkräfte in Industrieländer äußerst nachteilig, da sie im eigenen Land dringend benötigt werden. Die Zuwanderung von Fachkräften aus Industrieländern in Entwicklungsländer scheitert häufig an den im allgemeinen ungünstigen Lebens- und Arbeitsbedingungen des Entwicklungslandes. Wichtige Aufgabe einer künftigen Entwicklungspolitik wird sein, Anreize für die Einwanderung von Fachkräften in Entwicklungsländer zu schaffen.

Auswanderung bedeutet für das Auswanderungsland gewöhnlich einen Verlust, für das Einwanderungsland einen Gewinn an volkswirtschaftlicher Substanz. Diese allgemeine Feststellung wird im speziellen Fall modifiziert durch Art und Richtung der Wanderungsströme und durch die Wirtschaftsstruktur der Herkunfts- und Zielgebiete. Die gewaltsamen Bevölkerungsverschiebungen in Europa im Zusammenhang mit dem 2. Weltkrieg haben teilweise mit zur Bildung neuer Wohlstandszentren beigetragen und - sobald die Eingliederungsprobleme gelöst waren - zu einem neuen Gleichgewicht zwischen Bevölkerungszahl und Produktionsmitteln geführt.

Ausführlich behandelt wurden auch die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile der Wanderungen von Arbeitskräften aus Südeuropa nach Mitteleuropa.

B. 3: Sterblichkeit, Krankheitshäufigkeit und Todesursachen (1.9. nachm.)

- a) Todesursachen und ihre Beziehungen zu Niveau und Trend der Sterblichkeit
- b) Bedingungen und Trend der Krankheitshäufigkeit und ihre Beziehung zum Niveau und Trend der Sterblichkeit.

Es wird auf den Zusammenhang zwischen Todesursachen, Krankheitshäufigkeit und die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse hingewiesen. Die Verbesserung öffentlicher Maßnahmen für Hygiene und Medizin werden in manchen Ländern kompensiert oder gar nutzlos gemacht durch die wirtschaftliche Not und die mangelnde wirtschaftliche und sozial Entwicklung.

Die statistische Erfassung der Sterblichkeitsverhältnisse läßt noch keinen genügenden Schluß auf die Krankheitsverhältnisse zu. In vielen Ländern ist die Häufigkeit bestimmter Krankheiten angewachsen, vor allem die Krankheiten des Nervensystems und Geisteskrankheiten, ohne daß die Sterblichkeit an diesen Todesursachen gestiegen ist. Viel-

fach ist eine gegenläufige Bewegung festzustellen. Hier sind besondere Maßnahmen der Gesundheitsbehörden erforderlich. Allgemein wurde über das lückenhafte und wenig zuverlässige statistische Material für Morbiditätsuntersuchungen geklagt. Vor allem fehlen zuverlässige Statistiken aus Krankenanstalten. Die Morbiditätsstatistik müßte mit den anderen Statistiken besser koordiniert werden. Man müsse mit Morbiditätsstatistiken in den Kliniken beginnen und könne erst später darangehen, die gesamte Bevölkerung zu untersuchen. Ein Sprecher wies auf die Möglichkeit hin, Computer einzusetzen und die Ergebnisse laufend an die Krankenanstalten zurückzugeben, um sie für die weitere Behandlung nutzbar zu machen. Durch Einsatz von Studenten und Angehörigen der Krankenanstalten könnten die Kosten gesenkt werden. In allen Ländern werden bessere Informationen, vor allem auch Untersuchungen über den Zusammenhang zwischen Krankheit und Lebensstandard gefordert, da die Gesundheitsbehörden ihre Maßnahmen und Entscheidungen bisher auf unzureichenden Grundlagen aufbauen mußten.

A. 3: Binnenwanderungen mit besonderer Berücksichtigung der Land - Stadt - Wanderung (2.9. vorm.)

- a) Umfrage und Richtung von Wanderungen zwischen Land und Stadt sowie Anteil dieser Wanderungen am Bevölkerungszuwachs der ländlichen und städtischen Gebiete
- b) Bestimmungsgründe für die Land - Stadt - Wanderung unter besonderer Berücksichtigung des Einflusses der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den ländlichen und städtischen Gebieten der Entwicklungsländer
- c) Merkmale der vom Land in die Stadt wandernden Personen und Auswirkungen dieser Wanderungsbewegung auf die Struktur der Bevölkerung in den ländlichen und städtischen Gebieten.

In den Beiträgen und in der Diskussion wurde auf die allgemeine Entwicklung des Zuges der Bevölkerung zu den Städten hingewiesen. Diese Wanderungen haben aber in den Entwicklungsländern einen anderen Charakter als in den westlichen Industriestaaten. Hier waren sie ein entscheidender Faktor für die Industrialisierung; sie führten zu einem Bevölkerungsausgleich zwischen den ländlichen Gebieten mit hoher und den städtischen Gebieten mit relativ niedriger Fruchtbarkeit. Da sich die Wanderungsströme im allgemeinen nach dem Angebot und der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt richteten und, abgesehen von politischen Wanderungen, ökonomische Faktoren maßgebend waren, ist durch die Binnenwanderungen immer wieder ein Gleichgewichtszustand zwischen Bevölkerung und Wirtschaft hergestellt worden. In neuerer Zeit spielen die Großstädte als Ziel der Zuzüge eine geringere Rolle, sie haben z.T. sogar Abwanderungsüberschüsse, während das "Umland" stärker zunimmt.

In den Entwicklungsländern dagegen haben die Binnenwanderungen vielfach andere Motive und Auswirkungen. Das rasche Absinken der Sterblichkeit auf dem Land bei gleichbleibender Fruchtbarkeit führt zu Bevölkerungsüberschüssen, die auf dem Land nicht ernährt werden können. Die Wanderung in die Städte wird unternommen als ein Versuch, andere Lebensverhältnisse und einen höheren Lebensstandard zu erreichen in der Erwartung, in den Städten Arbeit und Unterkunft zu finden. In vielen Fällen konnte dieser Zustrom nicht unter Kontrolle gebracht werden. Die Folge waren das Anwachsen von Slums in den Randzonen der Großstädte der meisten Entwicklungsländer, Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung, moralische und gesundheitliche Schäden.

Ausführlich wurde auch die mit der Wanderung verbundene Selektion behandelt, durch die die Struktur der Bevölkerung in den Herkunfts- und Zielgebieten beeinflusst wird. Durch Veränderungen der Geschlechts- und Altersproportionen ergeben sich Konsequenzen für Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit.

Der allgemeine "Zug" auch der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu den Städten führt zu schwierigen Problemen für die landwirtschaftliche Besiedlung bisher noch nicht erschlossener Gebiete und für die industrielle Entwicklung. Der Bau neuer Städte und Industriesiedlungen ist in den Entwicklungsländern eine der dringlichsten Aufgaben. Sie wird durch das Fehlen exakter Wanderungsdaten sehr erschwert.

Wie die Diskussion ergab, sind in vielen Teilen der Welt Untersuchungen der Wanderungsvorgänge begonnen worden oder geplant. Wichtig ist, nicht nur die absolute Größe der Ströme und ihre Struktur zu messen, sondern auch ihre relative Bedeutung zur Größe der Bevölkerung und zu den Entwicklungsmöglichkeiten in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft. Es bestand Übereinstimmung, daß derartige Unterlagen nicht allein durch Volkszählungen zu beschaffen sind. Sofern die Wanderungsströme nicht unmittelbar beobachtet werden können, müßten Stichproben durchgeführt werden. Als besonders wichtig wurde die Ermittlung der Motive für die Wanderung angesehen, da gerade bei jungen Leuten Wanderungen häufig durch psychologische Faktoren ausgelöst werden.

Mehrere Sprecher wiesen auf die Schwierigkeiten hin, die durch das Sozialgefälle entstehen: Die abgewanderten Kinder verdienen in den Städten Geld, während die Eltern ohne technische Hilfe die traditio-

nalistische Naturalwirtschaft betreiben, ein Gegensatz, der zu neuer Abwanderung führt. Ein russischer Sprecher kritisierte das push-call-System der freien Wirtschaft, das in der geplanten Wirtschaft durch "gelenkte Wanderungen" ersetzt werde. Mehrfach wurden Vorschläge zur Systematisierung der Wanderungen gemacht, jedoch zeigte sich auch hier, daß bei den außerordentlich unterschiedlichen Verhältnissen generelle Regeln nicht gegeben werden können. Als Mittel zur Verminderung des Gegensatzes zwischen Abwanderungs- und Zielgebiet wurden erwähnt: Technisierung der Landwirtschaft, Schaffung von Ausbildungsmöglichkeiten auch auf dem Lande, Industrieansiedlungen außerhalb der Großstädte, Hebung des Bildungsniveaus der landwirtschaftlichen Bevölkerung, langfristige Planungsmaßnahmen für den Bau von Wohnungen u.a.m.

A. 8: Die demographischen Aspekte der Entwicklung der Städte und des Wohnungswesens (2.9. nachm.)

- a) Auswirkungen der Wanderung der Landbevölkerung auf das Wachstum der Städte
- b) Demographische Faktoren, die auf den Wohnungsbedarf einwirken
- c) Demographische Faktoren, die sich außer auf den Wohnungsbedarf auch auf den Bedarf an Kanalisation, Straßenbau, Wasserversorgung, innerstädtischen Verkehr, Verwaltung, Fürsorge, Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt auswirken
- d) Auswirkungen der Stadtentwicklungs- und Wohnungsbauprogramme auf die Land- und Stadtwanderung und das Wachstum der Städte
- e) Demographische Gesichtspunkte für Stadtentwicklungs- und Wohnungsbauprogramme und ihre Verbindung zu Programmen der nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung.

Es gibt offenbar zwei Phasen der Verstädterung: In der ersten Phase - diese trifft für die Entwicklungsländer zu - wird die Bevölkerung aus überbevölkerten vorwiegend landwirtschaftlichen Gebieten in die Städte gedrückt. Die zweite Phase ist dann die des Ausbaues von Vorstädten (suburbanisation). Der Bedarf an Wohnungen hängt einmal von der demographischen Entwicklung ab, zum anderen ändert sich die Nachfrage auch mit der Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Es wurde festgestellt, daß die Nachfrageelastizität für Wohnungen hoch und nicht, wie allgemein erwartet, niedrig sei. Um den künftigen Wohnungsbedarf planen zu können, seien konkrete Vorstellungen über Größe und Art dieses Bedarfes erforderlich. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß Bedarfsträger im allgemeinen die Haushalte seien und nicht Einzelpersonen oder Familien. Deshalb seien in erster Linie Haushaltsdaten erforderlich. Die Haushalte müßten

deshalb nach den Ursachen der Entstehung und Auflösung untersucht und nach Zahl und Struktur vorausgeschätzt werden.

Von mehreren Sprechern wurde darauf hingewiesen, daß sich die Unterschiede zwischen Land und Stadt zunehmend verwischen und die städtische Lebensweise sich auch auf ländliche Gebiete ausdehnt. Damit aber ändert sich hier auch die Qualität der Wohnungsnachfrage, was sich wiederum auf die Wanderungsbewegung auswirken kann.

Bei der Analyse der jährlichen Bautätigkeit sollte im Zusammenhang mit Bedarfsuntersuchungen generell unterschieden werden zwischen Ersatzbedarf, zusätzlichem Bedarf aus demographischen Gründen, aus ökonomischen Gründen usw. Hierbei wie auch bei der Vorausschätzung der Haushalte und Familien nach Zahl, Struktur, Gründen der Veränderung usw. entstehen sehr schwierige methodische Probleme, die noch nicht gelöst sind. Ein Sprecher der Bundesrepublik wies darauf hin, daß mit der Beseitigung der Wohnungsnot und Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland die ökonomischen Nachfragefaktoren stärker an Bedeutung gewonnen hätten, die demographischen Bedarfsfaktoren dennoch wichtiger seien und bleiben würden. Er appellierte an die Demographen, die Begriffe Familie, Haushalt und Wohnung zu klären und an die Statistiker, diese Begriffe dann auch anzuwenden und die benötigten Ausgangszahlen und Vorausberechnungen für Wohnungspolitik und Bau- und Wohnungswirtschaft zur Verfügung zu stellen. Der Diskussionsbeitrag wurde auch dazu benutzt, die Fußnote in den Background Paper für diese Sitzung, daß die Bundesrepublik Deutschland eine sehr hohe Wohnungsbautätigkeit habe, "in order to meet destructions due to the war, necessary replacement of old and unacceptable dwellings and population increase", durch einen Hinweis auf die große Belastung zu ergänzen, die in der Bundesrepublik Deutschland durch die Unterbringung von mehr als 12 Mill. Vertriebenen und Flüchtlingen nach dem 2. Weltkrieg entstanden sei.

B. 8: Die Förderung demographischer Forschung und Ausbildung in Entwicklungsländern (2.9. nachm.)

- a) Die Gewinnung aus Ausbildung von Personal für die demographische Forschung und Lehre
- b) Organisation und Einrichtung von Institutionen für die demographische Forschung und Lehre
- c) Internationale Zusammenarbeit in demographischer Forschung und Lehre.

Ein Teil der schriftlichen Beiträge befaßte sich mit der Frage der Definition und der Stellung der Demographie im Bereich der Sozialwissenschaften, ein anderer Teil mit den bereits bestehenden Einrich-

tungen, vor allem den demographischen Forschungszentren.

Die bisherigen Ausbildungs- und Forschungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Demographie stehen, wie allgemein betont wurde, auch in den entwickelten Ländern in keinem Verhältnis zum Umfang und zur Dringlichkeit der zu lösenden Probleme.

Eine allgemein anerkannte Definition der Demographie gibt es bis heute nicht. Das hängt, wie ein schwedischer Sprecher betonte, mit den in den Ländern unterschiedlichen wissenschaftlichen Systemen und der unterschiedlichen Gliederung nach Fakultäten und Disziplinen zusammen. In einem der 22 Diskussionsbeiträge schlug ein österreichischer Sprecher vor, den "gordischen Knoten" in der Weise zu zerschneiden, daß man zur Demographie alles rechne, was von außen auf die Bevölkerung einwirke, daß alle Einflüsse jedoch, die von der Bevölkerung nach außen gehen, zu den anderen Wissenschaftszweigen zu rechnen seien. Dieser Vorschlag fand wenig Anklang, weil damit der Zusammenhang zwischen ökonomischen, soziologischen, biologischen und demographischen Faktoren zerschnitten würde. Ein Sprecher der Bundesrepublik warnte davor, die Demographie nur als eine "numerische Disziplin" anzusehen, weil viele Bevölkerungsprobleme nicht quantitativer, sondern in erster Linie qualitativer Natur seien. Bei der Demographie handele es sich um eine "interdisziplinäre Wissenschaft", die verlange, daß man über die zu engen Grenzen der klassischen Disziplinen und Fakultäten hinaussehe und in einer engen Zusammenarbeit mit an Bevölkerungsproblemen beteiligten Fachrichtungen Lösungen zu finden suche. Es bestand Übereinstimmung, daß die unterschiedliche Zuordnung der Demographie zu verschiedenen Wissenschaftsbereichen, das Fehlen einer einheitlichen Definition die Arbeit erschwere, daß man aber im Hinblick auf die Breite und Verzweigtheit der Probleme eine Zusammenarbeit mit anderen Fakultäten anstreben müsse und entsprechend eine nicht zu enge Definition wählen sollte. Mit der Statistik bestehe eine sehr enge Verbindung, Demographie sei aber mehr als Statistik, sie sei ein besonderer Zweig der Sozialwissenschaften.

Ausführlich wurden die Schwierigkeiten der Ausbildung und Forschung behandelt. Sie liegen darin, daß vielfach keine dauernden, sondern nur vorübergehende Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen werden, daß dort, wo eine Verbindung mit Universitäten nicht bestehe, die Ausbildung zu wenig "attraktiv" sei, weil keine Prüfungen abgelegt und keine Diplome erworben werden könnten. Eine Lösung stelle die Bil-

dung von Demographischen Zentren dar, die allerdings kostspielig seien. Es muß unterschieden werden zwischen regionalen Zentren einzelner Länder und den überregionalen Zentren, wie sie bereits Asien, Afrika und Südamerika bestehen. Es sei schwierig, genügend ausländische Experten für diese Zentren zu bekommen, weil eine kurzfristige Tätigkeit wenig Wert habe, langfristige Verträge aber wegen des Fehlens finanzieller Zusagen und über mehrere Jahre sich erstreckender Beurlaubungen meist nicht abgeschlossen werden könnten. Es sei zu bedauern, daß in vielen hochentwickelten Ländern Ausbildungsmöglichkeiten für Demographen völlig fehlen und daher aus diesen Ländern keine Unterstützung für die Arbeit in Entwicklungsländern erwartet werden kann. Indische und afrikanische Sprecher wiesen darauf hin, daß es nicht darum gehe, nur Experten zu haben, sondern geeignete Experten, die ihre Forschungsarbeiten genügend lange durchführen könnten, um auch das Land, in dem sie arbeiten, kennenzulernen. Ein Sprecher der UdSSR schilderte die Ausbildung Demographen im Sowjetrussischen Zentralinstitut für Statistik, das eine eigene demographische Abteilung besitze. Die Demographen erhalten dort eine 3jährige Ausbildung, während der sie auch mit praktischen Aufgaben (on the job-training) beschäftigt werden. Sie müßten vorher eine Ausbildung als Nationalökonom, Soziologe, Mathematiker oder Mediziner abgeschlossen haben. Nach der 3jährigen Ausbildung als Demograph erhalten sie den Titel eines "Kandidaten der Wissenschaften".

Ein Mediziner betonte die wachsende Bedeutung der Sozialmedizin, demographisch geschulte Mediziner benötige.

Vertreter der afrikanischen Entwicklungsländer klagten darüber, daß nicht genügend Forscher und Berater in diese Länder geschickt würden, um die dringendsten Probleme lösen zu helfen. Ein griechischer Sprecher wies darauf hin, daß Griechenland - ein Land mit 8 Millionen Menschen - 1962 ein Forschungsinstitut für demographische Fragen eingerichtet habe. Es sei organisatorisch zwar an die medizinische Fakultät angelehnt, betreibe aber sozialwissenschaftliche und statistische Studien. An diesem Institut werden nicht nur Studenten sondern auch Verwaltungsbeamte ausgebildet. Vertreter südamerikanischer Staaten wiesen auf den "multidisziplinären Charakter" der Demographie hin und forderten eine enge Verbindung zwischen dem Statistisch-ökonomischen und dem demographischen Fragen. Der Vertreter der F.R.G. sprach von einer "Partnerschaft" von Experten, die über das Studium

der Datensammlung hinaus Interpretationen und Analysen der Sozialverhältnisse durchführen. Neben den wissenschaftlichen Sachkenntnissen auf den verschiedenen Gebieten müßte auch die Kenntnis der Erhebungsverfahren und der Aufbereitung mit Computer vorhanden sein.

Wie sich aus Beiträgen und der Diskussion ergab, hat die Entwicklung der Demographie als Wissenschaft und ihre Institutionalisierung in den letzten elf Jahren außerordentliche Fortschritte gemacht. Außer den Instituten, die in Jugoslawien, Ungarn, der Tschechoslowakei gegründet worden sind, und dem großen staatlichen Institut in Frankreich (INED), das schon lange besteht, gibt es neuerdings auch ein Institut für Demographie und Familienforschung in Belgien, das dem Ministerium für Gesundheitswesen und Familien angegliedert ist. Ähnlich wie beim INED in Paris handelt es sich bei dem Institut in Brüssel um eine staatliche Einrichtung, die ausschließlich der Forschung gewidmet ist. Das Institut erhält u.a. von der Regierung Aufträge zur Durchführung von Forschungen und Analysen. Es ist z.Z. mit 7 Wissenschaftlern besetzt, die in ihrer Zusammensetzung nach Fakultäten die Breite des Aufgabengebietes erkennen lassen: 3 Soziologen, 1 Nationalökonom, ein Geograph, 1 Anthropologe und ein Jurist.

Die Ausbildung von Demographen wurde als ein Schlüsselproblem bei der Lösung der künftigen Wirtschafts- und Bevölkerungsfragen bezeichnet. Die in allen Ländern festzustellende Gewinnung besseren und weit umfangreicheren Materials mache eine enge Zusammenarbeit zwischen Statistikern, Demographen, Soziologen und anderen Vertretern der Sozialwissenschaften erforderlich, um die vom Material her möglichen Analysen auch durchführen zu können.

A. 4: Trend und Aussichten der künftigen Bevölkerungsentwicklung
(3.9. vorm.)

- a) Die künftige Entwicklung der Weltbevölkerung
- b) Das künftige Bevölkerungswachstum und die Änderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung: Messung, Dynamik, Vorausschätzung
- c) Wanderungen im Verhältnis zum künftigen Wachstum und der Verteilung der Bevölkerung.

Als einer der größten Erfolge seit der ersten Weltbevölkerungskonferenz wurde die genauere Feststellung der Bevölkerungsentwicklung und ihrer Zusammenhänge mit ökonomischen und soziologischen Faktoren bezeichnet.

Allerdings werde der weitere Bevölkerungsprozeß nicht auf Grund des bisherigen vorauszuschätzen sein, sondern auf Grund der voraussicht-

lichen ökonomischen und sozialen Entwicklung, die Sterblichkeit und Fruchtbarkeit beeinflussen. Die heutigen Zusammenhänge sind nicht stabil, die von morgen können nur unter großen Schwierigkeiten abgeschätzt werden. In den weniger entwickelten Ländern wird zuerst die Sterblichkeit weiter abnehmen. Das wird bei gleicher Fruchtbarkeit zunächst zu einem enormen Bevölkerungswachstum bis zu 4 % jährlich führen. Alle Länder, vor allem die Entwicklungsländer, benötigen für ihre Planungen dringend Vorausschätzungen der Bevölkerungsentwicklung. Andererseits fehlen für diese Vorausschätzungen vielfach die Grunddaten, die Alters- und Geschlechtsstruktur und genaue Angaben über die Zahl der Geburten und Sterbefälle. Man müsse sich deshalb zunächst damit begnügen, für kleinere regionale Einheiten die Trends herauszufinden.

Ein besonderer Mangel besteht darin, daß man die Entwicklung in China nicht hinreichend beurteilen kann. Es wurde bedauert, daß kein Vertreter Rotchinas bei der Bevölkerungskonferenz anwesend war.

Von einem Sprecher wurde die Frage aufgeworfen, ob es beim Menschen ähnlich wie bei anderen Säugetieren, eine "Selbstregulierung" der Bevölkerungszahl gebe, und zwar nach der Bevölkerungsdichte. Mit der zunehmenden Verdichtung der Bevölkerung, der Wanderung in die Städte, könnte dann sogar eine Bevölkerungsabnahme eintreten. In einer anderen Sitzung wurde das Vorhandensein einer "Selbstregulierung" beim Menschen bestritten.

Von den Sowjetrussen wurde die Exaktheit der Vorausberechnung bis zum Jahre 2000 angezweifelt. Ein Vertreter Jugoslawiens warnte vor dem Optimismus einer weiteren Senkung der Sterblichkeit. Bei ungünstiger wirtschaftlicher Entwicklung sei eher eine Zunahme zu erwarten. Auch von den Optimisten wurde die Notwendigkeit anerkannt, möglichst rasch zu einer Stabilisierung der Bevölkerungszahl zu kommen. Ein katholischer Geistlicher warnte davor, es sich "einfach zu machen" und die Massen in den Entwicklungsländern durch Geburtenregulierung reduzieren zu wollen. Statt 5\$ für die Geburtenkontrolle aufzuwenden, solle man 100 \$ für die Entwicklungshilfe ausgeben. Hinter solchen Vorschlägen steht die Hoffnung, daß mit der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Hebung des Bildungsstandards usw. eine Reduzierung der Kinderzahl in ähnlicher Weise "von selbst" eintrete wie in den westlichen Ländern. Man dürfe den Menschen in den Entwicklungsländern nicht Verfahren wie Sterilisation und Abtreibung zumuten, die man in den europäischen Ländern nicht durchgeführt hätte. Dieser Auffassung widersprach ein Inder. Man

müsse in Indien mit der "Babyflut" fertig werden, das habe man selbst erkannt, und nicht erst auf die Anregung der USA warten müssen. Es sei wichtig, die Ursachen für die regional oft unterschiedliche Fruchtbarkeit zu untersuchen.

Ein Sprecher aus Neuseeland meinte, man solle nicht nur von einer "Explosion" der Bevölkerung sprechen, sondern auch von einer Explosion der Fähigkeiten des Menschen. Trotz dieses gelegentlich geäußerten Optimismus bestand überwiegend die Auffassung, daß es bei den gegenwärtigen Wachstumsraten nicht bleiben könne. Sprecher von Costa Rica, Japan, Indien und anderer Länder, die unter einem großen Bevölkerungsdruck leiden, schilderten die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Lösung der Probleme durch gelenkte Wanderungen wurde als wenig wirksam erachtet. Die Umsiedlung von Menschen über große Strecken sei ein außerordentlich kostspieliges Unternehmen, ganz abgesehen davon, daß auch in den Aufnahmegebieten Wohnungs- und Arbeitsplätze geschaffen werden müßten. Man solle deshalb nicht Menschen umsiedeln, sondern Kenntnisse verbreiten (shift not people but shift knowledge). Es könne den Einwanderungsländern auch nicht unbenommen bleiben, im Interesse der Erhaltung der Homogenität der Bevölkerung besondere Bestimmungen zu erlassen, um eine Selektion der Einwandernden zu bewirken.

In dieser wie auch in anderen Sitzungen wurde mehrfach das Bibelwort "Seid fruchtbar und mehret Euch" erwähnt. Es wurde aber auch kritisch darauf hingewiesen, daß dieses Bibelwort aus dem Zusammenhang herausgerissen sei, in welchem es in einer agrarischen Gesellschaft gestanden habe, und daß man meist vergesse, hinzuzufügen, "Und machet Euch die Erde untertan". Ein Vertreter der USA wollte an die Stelle dieser "Stammesperspektive" das Wort setzen: "Seid weise, führt ein Gleichgewicht herbei und bewahret Euch die Erde".

A. 6: Die demographischen Aspekte der Ausbildungsfragen (3.9. nachm.)

- a) Demographische Faktoren, die die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen beeinflussen
- b) Auswirkungen der Anhebung des Bildungsniveaus auf Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Binnenwanderung
- c) Integrierte Bildungsplanung unter Berücksichtigung demographischer Gesichtspunkte
- d) Bereitstellung und Verteilung von Fachkräften entsprechend den Erfordernissen des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts.

"Ausbildung" ist sowohl als ein Prozeß wie auch als das Ergebnis dieses Prozesses zu begreifen. Zwischen beiden bestehen Wechselbeziehungen. Ausbildung als ein Prozeß wird beeinflusst von demographi-

schen wie auch von ökonomischen und sozialen Faktoren. Man kann diese einzelnen Faktoren nicht immer trennen. Mehrfach wird darauf hingewiesen, daß keiner der Faktoren völlig unabhängig wirke, es handele sich immer um ein Wechselspiel.

Vorausberechnungen der Zahl der schulpflichtigen Kinder sind relativ einfach. Die eigentlichen Schwierigkeiten liegen bei den weiterführenden Schulen, insbesondere bei den Fach- und Hochschulen, da hier nichtdemographische Faktoren mitspielen, u.a. die Zahl und regionale Verteilung von Bildungseinrichtungen, der Bildungswille und der volkswirtschaftliche Bedarf. In den USA werden Erwartungswerte für einzelne Ausbildungsarten dadurch gewonnen, daß die fraglichen Altersgruppen sowohl um die zu erwartenden Sterbefälle reduziert als auch nach Ausbildungswahrscheinlichkeiten differenziert werden. Die individuellen Ausbildungswünsche werden in Zählungen oder Spezialerhebungen erfragt.

Es ist unbestritten, daß zwischen Bildungsstand einerseits, Fruchtbarkeit, Sterblichkeit und Beteiligung an Wanderungen andererseits Zusammenhänge bestehen, jedoch sind diese Zusammenhänge nicht gleichartig und eindeutig, sondern je nach den sonstigen Verhältnissen differenziert. Sie bedürfen einer genauen Analyse. Einhellig ist die Meinung darüber, daß in unterentwickelten Ländern mit einem hohen Anteil an Analphabeten eine negative Korrelation zwischen Elementarbildung bzw. einfacher Berufsausbildung auf der einen Seite und Fruchtbarkeit sowie Sterblichkeit auf der anderen Seite besteht. Bei den höheren Ausbildungsstufen sind dagegen die Korrelationen differenzierter. In Industrieländern ist in neuerer Zeit allgemein ein positiver Zusammenhang zwischen Bildungsniveau und Fruchtbarkeit nachweisbar. Eine Beeinflussung der Mobilität, vor allem der Land-Stadt-Wanderung, durch Anhebung des Bildungsniveaus auf dem Lande gilt ebenfalls als erwiesen. Besondere Untersuchungen haben erwiesen, daß die Zahl der Schuljahre der Frau und damit ihr Bildungsniveau von größerer Auswirkung auf die gewünschte Zahl der geborenen Kinder ist als die Ausbildung des Mannes.

Die Probleme und Voraussetzungen einer Bildungsplanung sind, wie auch die Diskussion zeigte, in den Ländern sehr unterschiedlich. Der Beitrag der Demographie zur Bildungsplanung kann sich nicht auf die Bereitstellung von quantitativ ermittelten Größen beschränken (künftige Schüler- und Lehrlingsgenerationen z.B.), sondern muß auch die Analyse von Entwicklungen und Veränderungen, wie z.B. der Ab-

wanderung aus ländlichen Gebieten in der Gliederung nach dem Ausbildungsniveau, die Auswirkung der Schaffung regionaler Bildungseinrichtungen usw. mit einbeziehen. Investitionen in das Bildungswesen rentieren sich erst in späteren Generationen und sind daher schwer exakt zu berechnen. Neben den Bestandsberechnungen sind in allen Ländern, vor allem auch in den Industrieländern, differenzierte Bedarfsberechnungen erforderlich. Es wurden die Fragen der Beschaffung exakter Unterlagen diskutiert, die bisher vielfach noch fehlen. Die Vorausschätzung des Bedarfs von Personen mit gehobener und höherer Ausbildung ist, auch wenn sie von wirtschaftlichen und sozialen Unwägbarkeiten beeinflusst wird, wichtiger Bestandteil einer vorausschauenden Wirtschaftspolitik. Das gelte nicht nur für Länder mit Planwirtschaft, sondern auch für diejenigen mit einer freien Marktwirtschaft.

Für die Entwicklungsländer wurde auf die Höhe der notwendigen Investitionen in Bildungseinrichtungen hingewiesen. Auch dort wo die Zahl der Schüler steige, nehme infolge des raschen Bevölkerungswachstums die absolute Zahl der Analphabeten zu. Die Nachfrage nach Ausbildung sei eine Auswirkung der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Deshalb sei ein Gleichgewicht zwischen Wirtschaftsentwicklung und Entwicklung des Erziehungswesens erforderlich. Mehrere Sprecher betonten die Notwendigkeit einer besseren Schul- und Berufsausbildung der Frauen, der in Entwicklungsländern vielfach noch nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet werde.

Bei Behandlung der technischen Fragen wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, mittels Einsatz von Computern unter Verwendung von Kennziffern ein und dieselbe Person durch die verschiedenen Stufen der Schul- und Berufsausbildung zu verfolgen, um dadurch ein Maß für die Wirksamkeit der Ausbildungseinrichtungen zu gewinnen.

A. 5: Die demographischen Aspekte des Arbeitskräfteangebotes und der Erwerbstätigkeit (6.9. vorm.)

- a) Strukturen und Trends der Erwerbs- sowie der Belastungsquoten unter Berücksichtigung der sie beeinflussenden Faktoren
- b) Demographische Überlegungen zur Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik
- c) Demographische Gesichtspunkte der Erwerbslosigkeit und Unterbeschäftigung.

Die Bedeutung der Analyse von Fragen des Arbeitsmarktes und der Erwerbsbeteiligung unter demographischen Gesichtspunkten ist im letzten Jahrzehnt stark gewachsen. Das zeigt sich u.a. darin, daß die erste Weltbevölkerungskonferenz diesen Problemen noch keine Sitzung gewid-

met hatte, während sie in Belgrad auf mehreren Sitzungen behandelt wurden. Ausgehend von einem Überblick über die verschiedenen Variablen, die die Erwerbsbeteiligung in den Entwicklungsländern und in Industrieländern beeinflusst, wurde die Arbeitsmarktsituation in den verschiedenen Teilen der Welt analysiert. Es wurde mehrfach betont, daß der Untersuchung dieser Fragen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, da unser Wissen über das Funktionieren des Arbeitsmarktes noch unvollständig ist. Zensus-Ergebnisse allein sind für derartige Untersuchungen nicht ausreichend, es sind zusätzliche Erhebungen erforderlich. Gleichzeitig müsse auch die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse verbessert werden. Bei den Erhebungen kann allerdings die Antwortgenauigkeit durch soziale und kulturelle Faktoren stark beeinflusst werden.

Besonders ausführlich wurden die mit der Erwerbstätigkeit von Frauen zusammenhängenden Faktoren erörtert, so nimmt z.B. mit dem Rückgang der Fruchtbarkeit die Frauenerwerbstätigkeit zu. Es wurde festgestellt, daß die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen von einer Vielzahl psychologischer, soziologischer, wirtschaftlicher und familiärer Faktoren abhängt. Es fehlt noch weitgehend an Kenntnissen, wie sich die Interdependenz dieser verschiedenen Variablen auswirkt. Wichtig bei allen diesen Untersuchungen ist die Haushalts- und Familienstruktur.

Es wurde die Auffassung vertreten, daß die Reduzierung der Fruchtbarkeit in Übereinstimmung stehe mit den Zielen künftiger Arbeitsmarktpolitik, auch wenn dadurch in der nächsten und übernächsten Generation eine Reduzierung der Zahl der Erwerbstätigen verursacht würde. Kurzfristig würde die Belastungsquote sinken und das Sozialprodukt je Kopf der Bevölkerung steigen. Dem wurde entgegengehalten, daß in Entwicklungsländern bei der Alternative "keine Kinder und reich oder Kinder und arm" die Armut vorgezogen werden würde, da nach der gesellschaftlichen Tradition Kinder zum Familienglück gehörten. In diesem Zusammenhang wurde auch erwähnt, daß die Folgen einer Geburtenkontrolle in psychologischer, soziologischer und wirtschaftlicher Hinsicht für die künftigen Generationen untersucht werden sollten.

In den Diskussionsbeiträgen der russischen Teilnehmer wurde - ausgehend von methodischen Fragen oder Ergebnissen - immer wieder die Überlegenheit ihres Wirtschaftssystems betont. Die Teilnahme der Frau

en am Erwerbsleben habe erheblich gesteigert werden können durch Schaffung der für Frauen geeigneten Arbeitsplätze und der Einrichtungen, die die Aufgaben der Frau im Haus und bei der Erziehung erleichtern.

Auch in dieser Sitzung zeigte sich wie in vielen anderen, daß all-gemeingültige Schlüsse für die Industrieländer oder für die Entwicklungs-länder kaum gezogen werden können, weil je nach den jeweiligen ökonomischen und demographischen Verhältnissen und der Entwicklungsphase, in welcher sich ein Land befindet, die Bewertung bevölkerungs- und erwerbsstatistischer Ergebnisse und damit auch die daraus zu ziehenden Folgerungen unterschiedlich sein müssen. Einem großen Angebot an ungelernten Arbeitskräften in Entwicklungsländern steht ein wachsender Bedarf an qualifiziert ausgebildeten Arbeitskräften gegenüber. In diesen Ländern ist man in der Entscheidung, ob man das Gewicht mehr auf eine kapitalintensive oder arbeitsintensive Entwicklung legen soll, durch die begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten behindert.

B. 11: Definition und Messung des Arbeitskräftepotentials und der Erwerbstätigkeit (6.9. nachm.)

- a) Neuere Erfahrungen betreffend Definition und Zählung der aktiven Bevölkerung (Erwerbsbevölkerung)
- b) Neuere Erfahrungen betreffend Definition und Messung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- c) Probleme der Definition und Feststellung der aktiven Bevölkerung, der Beschäftigung und Arbeitslosigkeit im tauschwirtschaftlichen Sektor unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer
- d) Definitionen und Methoden zur Ermittlung der Unterbeschäftigung.

Ein wesentlicher Teil der Diskussion befaßte sich mit der für Entwicklungsländer besonders wichtigen Frage der Feststellung der Unterbeschäftigung und der Definition der Erwerbsbevölkerung. Die methodischen Probleme der Erhebung und Analyse wurden nur kurz gestreift. Für die Messung der Unterbeschäftigung und der Arbeitslosigkeit wurden objektive Maßstäbe gefordert, da die jetzigen Fragestellungen zu sehr subjektiven Charakter hätten und damit die internationale Vergleichbarkeit beeinträchtigt wird.

Im Zusammenhang mit der Erörterung der Definition der Erwerbsbevölkerung wurde auf die besondere Problematik der Ermittlung der Zahl der Mithelfenden Familienangehörigen hingewiesen. Wegen des starken saisonalen Einflusses werden durch diese Gruppe die Erwerbsquoten in

Abhängigkeit vom Erhebungszeitpunkt beeinflusst. Der in einem Beitrag gemachte Vorschlag, für die Mithelfenden Familienangehörigen das "Gainful-worker-Konzept" zu verwenden und für die übrige Bevölkerung das "Labor-Force-Konzept", wurde als unzweckmäßig bezeichnet. Es wurde in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, warum eigentlich die Hilfe von Verwandten im Haushalt, insbesondere bei der Betreuung der Kinder, nicht als Erwerbstätigkeit erfaßt wird, da sie im Grunde der Tätigkeit bezahlten Hauspersonals entspricht und mit einer der Voraussetzungen der zunehmenden außerhäuslichen Erwerbstätigkeit von Ehefrauen und Müttern ist.

Hinsichtlich der bestehenden Berufsklassifizierungen wurde bemängelt, daß sie primär von ökonomischen und nicht auch von soziologischen Gesichtspunkten ausgingen, was insbesondere wegen der zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit notwendig sei. Im Zusammenhang mit der Kritik an den Definitionen, vor allen Dingen derjenigen der Unterbeschäftigung, wurde zu bedenken gegeben, daß dabei die in Entwicklungsländern andersartigen sozialen und kulturellen Verhältnisse zu berücksichtigen seien, nicht zuletzt aber auch die andersartige Mentalität der Menschen.

B. 4: Vorausschätzung der Zahl der Bevölkerung und ihrer Struktur nach Alter und Geschlecht (6.9. nachm.)

- a) Methoden und Probleme der Vorausschätzung der Bevölkerungsgröße und der Alters- und Geschlechtsstruktur
- b) Das Ausmaß des Fortschritts bei den Vorausschätzungen des Bevölkerungswachstums während der 50er Jahre und die Fehlerquellen
- c) Art der Daten und Untersuchungen, die erforderlich sind, um die Grundlage für Vorausschätzungen der Bevölkerung zu verbessern.

Es bestand Übereinstimmung, daß Vorausschätzungen unbedingt notwendig sind, auch wenn die Grundlagen fehlerhaft und die Ergebnisse unsicher sind. Bevölkerungsvorausschätzungen werden heute für fast alle Staaten durchgeführt und sind zu einer unentbehrlichen Grundlage für politische und planerische Entscheidungen geworden. In zunehmendem Maße werden dafür Datenverarbeitungsmaschinen herangezogen. Die Ergebnisse sind noch häufig unbefriedigend, weil sich die Annahmen als unzutreffend herausgestellt haben.

Von mehreren Sprechern wurde auf die Vorteile der Durchführung von Vorausschätzungen auf Datenverarbeitungsmaschinen hingewiesen. Ein Vertreter der Bundesrepublik machte in der Diskussion u.a. darauf aufmerksam, daß es wichtig sei, die Trends der Geburtenentwicklung

und der Wanderungen zu erforschen. Zu letzteren sei die Mitwirkung der Wirtschaftswissenschaften erforderlich, da Umfang und Richtung der Wanderungen wesentlich von Angebot und Nachfrage an Arbeitsplätzen abhängen.

Regionale Vorausschätzungen werden erst in wenigen Ländern durchgeführt. Dabei ist es in Bezug auf die Binnenwanderung üblich, die Ergebnisse der Wanderungsstatistik früherer Jahre auch für die nächste Zukunft anzusetzen.

Um die Vorausschätzungen zu verbessern, sollten zurückliegende Berechnungen auf ihre Genauigkeit und die Richtigkeit der Annahmen analysiert werden. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Demographen, Statistikern und Planungsbehörden wurde für wichtig gehalten.

Für die Arbeiten in der Bundesrepublik konnten aus der Diskussion keine wesentlichen Erkenntnisse gewonnen werden, da die vorgetragenen Methoden bereits angewendet werden. Auch hinsichtlich der technischen Verfahren und Ausstattung für die Durchführung von Vorausschätzungen befindet sich die Bundesrepublik auf dem neuesten Stand.

B. 10: Bevölkerung und Rohstoffquellen (7.9. vorm.)

- a) Mineralrohstoffe
- b) Energie und Erdölvorräte
- c) Vorräte an Holz und Fasern
- d) Die Wasservorräte und das Bevölkerungsproblem
- e) Zu schaffende Produkte und die Möglichkeiten der Substitution
- f) Vorräte, Bevölkerung und Handel
- g) Die Bedeutung der Verwaltungspraxis für die Nutzung der Vorräte.

Dem gegenwärtigen Bevölkerungswachstum sind, wie sich aus den schriftlichen Beiträgen und der Diskussion ergab, hinsichtlich der Rohstoffe und Energiequellen auf absehbare Zeit - es wurden 50 bis 150 Jahre genannt - keine Grenzen gesetzt. Diese überwiegend optimistische Auffassung gipfelte in dem Satz: Solange die Sonne scheint, haben die Menschen nichts zu befürchten! Voraussetzung sei allerdings, daß sofort alle geistigen und technischen Kräfte mobilisiert würden, um diese Aufgabe zu bewältigen.

Etwas vorsichtigerer Sprecher waren allerdings der Auffassung, man solle ebenso wenig ein weißes wie ein schwarzes Bild malen. Erforderlich sei eine für alle Länder anwendbare stufenweise Erschließung, eine langfristige Planung der Nutzung und die Substitution bisher verwendeter, knapp werdender Stoffe durch neue. Hinsichtlich des Wasserbedarfs müsse eine besonders sorgfältige Erhaltung der Vorräte

und ihre wiederholte Nutzung erreicht werden. Für eine wirksame Planung und Nutzung müßten überregionale Verwaltungsstellen eingerichtet werden. Besonders behandelt wurden die Möglichkeiten der Nutzung nuklearer Kräfte als Energieträger. Ein Sprecher ging auf die Veränderungen in den kulturellen und zivilisatorischen Gewohnheiten der Menschen ein, die zu Veränderungen im Bedarf an Energie und Rohstoffen führe. Mehrfach wurde davor gewarnt, die Verhältnisse zu verallgemeinern und zu vereinfachen. Die Teilung der Welt in entwickelte und nichtentwickelte Länder genüge nicht. Man müsse Phase und Trend der Entwicklung der Bevölkerung auf der einen Seite und den regional außerordentlich unterschiedlichen Stand und Trend der Entwicklung der Hilfsmittel auf der anderen Seite berücksichtigen. Während in einigen Ländern die Steigerung der Produktivität bei gleichzeitiger Senkung des Bevölkerungswachstums möglich war, z.B. in Japan, sei die Entwicklung der Wirtschaft in Indien und Pakistan erheblich hinter dem Bevölkerungswachstum zurückgeblieben mit der Folge eines stagnierenden oder sinkenden Lebensstandards.

Die Vertreter der UdSSR zeigten sich hinsichtlich ihres Staates aber auch der globalen Entwicklung zuversichtlich; man solle aber von der optimistischen zu einer "konstruktiven" Auffassung übergehen. Sie betonten, daß es sich überwiegend um "Organisationsfragen" handele. Daß ein Ausgleich der regional unterschiedlichen Vorräte und Energiequellen erfolgen muß, wurde von den meisten Sprechern als selbstverständlich vorausgesetzt, ohne die finanziellen, kommerziellen und politischen Probleme, die dabei entstehen, aufzugreifen.

Einig war man sich in der Auffassung, es müsse das Ziel der nächsten Jahrzehnte sein, den höchstmöglichen Lebensstandard für alle Menschen zu erreichen, denn das Streben nach Verbesserung der Lebensverhältnisse sei charakteristisch für den Menschen der modernen Welt. Ein Geologe hob die geschichtliche Einmaligkeit des rapiden Bevölkerungswachstums hervor, das zu einer ungewöhnlichen Ausbeutung der Mineralvorräte geführt habe; in der Zukunft sei ein weiteres Ansteigen der Rate des Metallverbrauchs zu erwarten. Es müsse deshalb neben der Entwicklung von Substitutionsmitteln auch eine Stabilisierung des Bevölkerungswachstums angestrebt werden.

- B. 5: Vorausschätzung der städtischen, ländlichen und der erwerbstätigen Bevölkerung, der Haushalte und Familien (7.9. vorm.)
- a) Vorausschätzung der erwerbstätigen Bevölkerung
 - b) Vorausschätzung der Haushalte und Familien
 - c) Vorausschätzung der Bevölkerungsverteilung auf Stadt und Land
 - d) Vorausschätzungen in den Entwicklungsländern.

Die Bedeutung dieser Fragen wurde durch die große Zahl von über 20 Diskussionsbeiträgen unterstrichen. Vorausschätzungen der ländlichen und städtischen Bevölkerung sind wegen der Abgrenzungsschwierigkeiten problematisch. Die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sind vor allem in den hochindustrialisierten Staaten sehr gering geworden. Es wurden Beispiele aus Schweden genannt, wo, ähnlich wie in den USA, die Cities, die Agglomerationsgebiete und die städtischen Umlandzonen mehr und mehr ineinander übergingen. Das führe auch zu Schwierigkeiten beim Ansatz, der für künftige Wandervorgänge in den Vorausschätzungen zu machen sei. Derartige Vorausschätzungen sind daher nicht sehr häufig durchgeführt worden. Ein Sprecher aus der Bundesrepublik berichtete über Erfahrungen aus Niedersachsen. In immer größerem Umfang dagegen wird die Entwicklung der Arbeitskräfte vorausgeschätzt. Aus der Diskussion ergab sich, daß es fragwürdig ist, hierbei von konstanten altersspezifischen Erwerbsquoten auszugehen. Man müsse vielmehr auch Änderungen im Schulbesuch oder auch Änderungen des üblichen Rentenalters in Betracht ziehen. Noch weit komplexer sind die Einflüsse, welche auf die Erwerbstätigkeit der Frauen einwirken.

Es wurde betont, daß man die Vorausschätzungen einzelner Bevölkerungsgruppen, der Schulbevölkerung, der Erwerbstätigen usw. aufeinander abstimmen müsse, wobei auch die Entwicklung der Haushalte und Familien zu berücksichtigen sei. Bei der Vorausschätzung der wachsenden Schülerzahlen sei auch die Zahl der für den Unterricht benötigten Lehrer und ihre rechtzeitige Heranbildung zu berücksichtigen. Diese Vorausschätzungen müßten deshalb über eine Generation hinausgehen. Die Vorausschätzung der Zahl und Struktur der Haushalte und Familien wurde auch in dieser Sitzung als besonders dringlich bezeichnet, da sie die Grundlage für die Wohnungs- und Siedlungsplanung darstelle. Allerdings gehöre die Vorausschätzung der Haushalte zu den schwierigsten demographischen Problemen. Es wurde als zweckmäßig erachtet, derartige Vorausschätzungen für regional gut überschaubare Bereiche durchzuführen; hier allerdings würden die Wanderungen eine erhebliche Rolle spielen. Dringend erforderlich sei es,

Untersuchungen über die Entstehung von Haushalten und Familien, ihr Anwachsen, die Veränderung ihrer Struktur, ihr Schrumpfen und schließlich ihre Auflösung vorzunehmen.

Ein schwedischer Sprecher machte den erwägenswerten Vorschlag, im Rahmen der Statistik der Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen und -scheidungen sowie der Wanderungen durch entsprechende Fragestellungen die Fortschreibung der Statistik der Haushalte und Familien zu ermöglichen.

Die in dieser Sitzung behandelten Probleme sind für die künftigen Arbeiten in der Bundesrepublik von großer Bedeutung, da differenzierte Vorausschätzungen der Haushalte und Familien in wenigstens grober regionaler Gliederung vorbereitet und durchgeführt werden müssen. In der Diskussion wurde mehrfach darauf hingewiesen, wie problematisch es sei, mit solchen Vorausschätzungen brauchbare Unterlagen für den Wohnungsbau in regionaler und qualitativer Gliederung bereitzustellen.

Auch in dieser Sitzung wurde betont, daß die Demographen mit Regional- und Landesplanern, die sich mit demographisch relevanten Planungen befassen, eng zusammenarbeiten müßten. Die Ergebnisse von Vorausschätzungen aller Art müßten retrospektiv dauernd kontrolliert, die Ursachen starker Abweichungen analysiert werden. Wenn man Vorausschätzungen vornimmt, müsse man - auch was die zeitliche Erstreckung angeht - zwischen sinnvollen und sinnlosen Ergebnissen unterscheiden. Ein internationaler Erfahrungsaustausch, vor allem zwischen Ländern ähnlicher Struktur, wird für erforderlich gehalten.

A. 7: Die demographischen Aspekte der landwirtschaftlichen Entwicklung und der Nahrungsversorgung (7.9. nachm.)

- a) Demographische Faktoren, die den Umfang und die Verteilung des Bedarfs und der Produktion von Nahrungsmitteln beeinflussen
- b) Die Beziehungen zwischen wirtschaftlichem Wachstum, landwirtschaftlicher Produktivität und demographischen Faktoren
- c) Bevölkerungszahl und Nahrungsspielraum.

Zu dieser Sitzung lagen über 20 schriftliche Beiträge vor, darunter eine umfangreiche Ausarbeitung der FAO über die Auswirkung demographischer Faktoren auf die Nahrungsversorgung und die landwirtschaftliche Entwicklung. Bei 23 Wortmeldungen war die Diskussion außerordentlich lebhaft, allerdings auch recht kontrovers.

Die historische Betrachtung zeigt einen engen Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Agrarentwicklung. Die Beziehungen zwischen Bevölkerungsentwicklung und Nahrungsmittelversorgung sind allerdings sehr vielschichtig und komplex. Eine wachsende Bevölkerung hat in vielen Fällen zur Anwendung besserer technischer Methoden und Steigerung des Hektarertrages geführt, in anderen Fällen aber zur Erosion der Böden, zur Verkarstung und Abwanderung der Menschen. Das Problem ist von zentraler Bedeutung, denn der Mensch muß essen! Die Dringlichkeit des Problems ist erkannt. Die Lösung wird durch die außerordentlichen regionalen Unterschiedlichkeiten erschwert. Auf lange Sicht aber stellt sich das Problem für die ganze Welt. Es gibt, wie im einleitenden Bericht betont wurde, nicht die Alternative, entweder Erweiterung des bebaubaren Landes und seine bessere Nutzung - eine Kapitalfrage - oder Maßnahmen zur Begrenzung des Bevölkerungswachstums. Eine Lösung kann vielmehr nur gefunden werden, wenn sowohl der eine als auch der andere Weg beschritten wird. Betont wurde ferner, daß die Nahrungsversorgung nicht nur ein quantitatives, sondern auch ein qualitatives Problem, nämlich das der Versorgung mit Protein sei. Die besonders kritische Situation wird in den nächsten 15 bis 20 Jahren eintreten, da das gegenwärtige Bevölkerungswachstum in diesem Zeitraum kaum aufzuhalten sein wird.

Das Bevölkerungswachstum vollzieht sich in den Teilen der Erde am stärksten, in denen die Nahrungsproduktion am wenigsten entwickelt ist. Seit Beginn der 60er Jahre hält die Weltproduktion an Nahrungsmitteln nach den Berechnungen der FAO mit der Bevölkerungszunahme nicht mehr Schritt. Entwicklungsländer, die vor dem Zweiten Weltkrieg Nahrungsmittel exportiert haben, sind jetzt auf Getreideimporte angewiesen. Es handelt sich daher für eine lange Zeit nicht nur um ein Produktions- sondern auch um ein Verteilungsproblem.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion bedingt einen entsprechenden Einsatz von Kapital und qualifizierter Arbeitskraft. Legt man die gegenwärtigen Wachstumsraten zugrunde, dann müßte bei gleichzeitiger Verbesserung der Ernährungsbedingungen in den Entwicklungsländern die Nahrungsmittelproduktion den gegenwärtigen Stand im Jahre 1975 um rd. 80 % und im Jahre 2000 um 290 % übertreffen. Derartige Steigerungsraten könnten aber nur durch revolutionisierende Methoden erreicht werden. Die Verlangsamung der Bevölkerungszunahme wird daher von einer maximalen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität - bezogen auf alle Länder insgesamt - begleitet sein müssen. Die Nutzung weiterer landwirtschaftlicher Gebiete in Nordamerika und anderen entwickelten Ländern ist weder ein

technisches noch im wesentlichen ein finanzielles Problem, sondern eine Frage des kostendeckenden Absatzes. In den Entwicklungsländern erfordert die Ausdehnung und Rationalisierung der Nahrungsmittelproduktion einen enormen Kapitaleinsatz, der von diesen Ländern allein nicht aufgebracht werden kann, ferner qualifizierte Arbeitskräfte, neue Arbeitsmethoden, d.h. eine intensive Ausbildung und ein Abgehen von traditionellen Wirtschafts- und Verhaltensweisen. Ferner wäre die Differenzierung der Produktion nach Eiweiß, Fett und Kohlehydraten optimal im Hinblick sowohl auf den qualitativen als auf den quantitativen Ernährungswert vorzunehmen, wobei u.a. auch kulturell und religiös bedingte Vorurteile, z.B. in Indien, überwunden werden müßten.

Überraschend waren die von den Sowjetrussen geäußerten optimistische Auffassungen über die Zahl der Menschen, die unter bestimmten Voraussetzungen in Zukunft ernährt werden könnten. Nach einzelnen Berechnungen könne die Agrarproduktion um das Siebenfache, nach andere um das Zwanzigfache vergrößert werden. Voraussetzungen sind Kapitaleinsatz, wissenschaftliche Forschung, Erziehung, überregionale Planungsmaßnahmen, soziale Maßnahmen, die Entwicklung neuer technischer Methoden, Verbreitung und Verbesserung der Anwendung von Kunstdünger, Ausnützung der Fisch-, Algen- und Planktonreserven der Meere, Herstellung von synthetischen Nahrungsmitteln u.a.m.

Die Ergebnisse der Berechnungen der Tragfähigkeit der Erde gehen weit auseinander. 50 Mrd. Menschen könnten ernährt werden unter der Voraussetzung, daß sämtliche Flächen und Wüsten bebaut werden und daß auf den Genuß von Tierprodukten weitgehend verzichtet wird, da die Protein-Erzeugung wesentlich aufwendiger ist als die Erzeugung von Kohlehydraten. Nach Berechnungen der Sowjetrussen gibt es überhaupt keine denkbare Grenze der Nahrungsmittelproduktion, wenn alle organisatorischen und technischen Mittel angewendet werden. Ein Sprecher der Bundesrepublik vertrat demgegenüber die Auffassung, daß das Problem des Bevölkerungswachstums auf lange Sicht kein Nahrungsproblem sei, sondern ein Problem der Organisation eines menschenwürdigen Lebens. Bereits heute sei der Mensch durch notwendige Maßnahmen der gesellschaftlichen Organisation, z.B. im Straßenverkehr, in seiner persönlichen Freiheit weitgehend eingeengt. Es wurde auf die Untersuchungen von Wynne-Edwards hingewiesen, wonach in Tierpopulationen bei je Kopf gleichbleibender Futterzuführung das weitere Wachstum stagniere oder eine Abnahme der Zahl der Individuen eintrete, wenn eine bestimmte Grenze der Dichte überschritten wird. Dem Wachstum

der Menschen sei nicht durch die Nahrungsproduktion eine Grenze gesetzt, sondern durch die Raumenge, und es müßten alle Anstrengungen unternommen werden, um den für ein menschenwürdiges Leben erforderlichen Raum zu schaffen und zu bewahren.

Ein Sprecher aus Hongkong wies auf die allgemeine Verantwortlichkeit für die künftige Entwicklung hin und warnte davor, im "Stammesdenken" zu verharron. Andere Sprecher warnten vor der isolierten Betrachtung des Nahrungsproblems, es müsse im Zusammenhang mit der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung und der Handelspolitik gesehen werden; die reichen Länder müßten die Hindernisse für die Einfuhr aus Entwicklungsländern beseitigen, nur dann könnten die Entwicklungsländer später die Hilfe von außen entbehren. Ein französischer Sprecher betonte die Rolle der gesellschaftlichen Entwicklung und wies auf den Schock hin, der in Entwicklungsländern durch die soziale Transformation entstehe. Von anderer Seite wurde die Lösung des Agrarproblems als eine Frage der Preispolitik für landwirtschaftliche Erzeugnisse und der Bodenreform angesehen. Kritisiert wurden die Kalorienberechnungen, die vielfach zu schematisch seien, da der Bedarf von Klima und den Gewohnheiten abhänge; die globalen Berechnungen müßten ergänzt werden durch solche für sozio-ökonomische und regionale Gruppen.

Auch in dieser Sitzung wurden eingehend die Fragen der Möglichkeit und Notwendigkeit der Geburtenkontrolle und Familienplanung diskutiert. Wenn auch einzelne Sprecher sich gegen jede Art der Beeinflussung der Bevölkerungsentwicklung wendeten - den größten Gewinn von der Geburtenkontrolle hätten die Multimillionäre der Fabriken für antikonzeptionelle Mittel - so überwog doch die Auffassung, daß in einzelnen Entwicklungsländern sofort auf lange Sicht aber auch global eine Stabilisierung des Bevölkerungswachstums angestrebt werden muß. Ein belgischer Sprecher befaßte sich mit der Frage, welches Ziel der menschliche Fortschritt habe, und meinte, das Glück sei nicht eine Frage der Quantität sondern der Qualität.

A. 9: Die demographischen Aspekte der Kapitalbildung, Investierung und wirtschaftlichen Entwicklung (8.9. vorm.)

- a) Die demographischen Einflüsse auf Kapitalbedarf, Sparrate, Industrialisierung und die wirtschaftliche Flexibilität
- b) Zur Investitionspolitik und zur rechnerischen Entwicklung.

Von entscheidender Bedeutung für den Kapitalbedarf und die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft ist die demographische Ausgangslage. Die Korrelation zwischen demographischer

Entwicklung und wirtschaftlicher Entwicklung ist sehr differenziert. Ein starker Bevölkerungszuwachs kann - zunächst nur quantitativ betrachtet - ebenso eine wichtige Voraussetzung für die Expansion einer Volkswirtschaft sein (siehe Merkantilisten), wie er auch eine untragbare Belastung darstellen kann. In den Ländern der europäisch-nordamerikanischen Entwicklungsstufe herrschen relativ günstige demographische Bedingungen. Das Bevölkerungswachstum ist so gering, daß die Versorgung, Ausbildung und Beschäftigung der neu hinzukommenden Menschen auch auf längere Sicht gesichert erscheint, ohne daß deshalb das Pro-Kopf-Einkommen stagnieren oder sinken würde. In einigen dieser Länder ist die natürliche Bevölkerungszunahme neuerdings sogar so niedrig, daß künftig vorübergehende Störungen der wirtschaftlichen Expansion eintreten könnten.

Völlig anders ist dagegen die Situation in den meisten Entwicklungsländern zu beurteilen. Die Steigerung des Sozialproduktes kann vielfach mit der raschen Bevölkerungszunahme nicht Schritt halten. Das niedrige Pro-Kopf-Einkommen reicht - insbesondere in den landwirtschaftlichen Gebieten - kaum für die Deckung des Konsumbedarfs aus. Eine Spartätigkeit auf breiter Grundlage, die zur Kapitalbildung führen würde, ist daher nicht möglich. Der Kapitalmangel wiederum verhindert die Schaffung einer genügenden Zahl von Arbeitsplätzen, um den Bevölkerungszuwachs aufzunehmen. Die Produktivitätssteigerung in diesen Ländern wird dadurch behindert, daß ausgebildete Arbeitskräfte und technische Fachkräfte nur in ungenügender Zahl verfügbar sind. Ein Ausweg aus diesem Dilemma kann nur durch eine Kombination von Maßnahmen erreicht werden: Die Kapitalbildung muß von außen unterstützt werden. Diese Kapitalhilfe, die nur von zeitlich begrenzter Dauer sein kann, wird nur Erfolg haben, wenn rechtzeitig das Bildungsniveau gehoben, das Analphabetentum beseitigt wird. Die Bildungsbemühungen müssen auch einen demographischen Zweck verfolgen, nämlich die Fruchtbarkeit vermindern.

Die Investitionspolitik wird nicht nur von wirtschaftlichen, sondern auch von demographischen Faktoren bestimmt. Ganz allgemein regt eine Bevölkerungszunahme auch die Investitionstätigkeit an, sofern die ökonomischen Voraussetzungen gegeben sind. Die regionale Verteilung und die Struktur der Bevölkerung lenken die Investitionsmittel in bestimmte Produktionszweige oder sonstige Einrichtungen. Von überragender Bedeutung für den wirtschaftlichen Fortschritt sind, was erst in jüngster Zeit voll erkannt wurde, die Investitionen im Bildungssektor. Dieser Art von demographischen Investitionen wird in

den nächsten Jahrzehnten die entscheidende Rolle bei der wirtschaftlichen Erschließung der Entwicklungsländer zufallen. Aber auch in den wirtschaftlich höher entwickelten Ländern werden die Bildungsinvestitionen eine Schlüsselfunktion für den weiteren technischen und wirtschaftlichen Fortschritt haben. Bildungsinvestitionen können - vor allem in Entwicklungsländern - nur wirksam werden, wenn sie von ökonomischen Investitionen begleitet werden. Bei der Investitionslenkung sollte der Faktor Arbeit insofern berücksichtigt werden, als die Mittel zunächst zur Ertragssteigerung ohne gleichzeitige drastische Freisetzung von Arbeitskräften eingesetzt werden, z.B. für Bodenameliorationen. Da die Kapitalbildung in den landwirtschaftlichen Gebieten besonders gering ist, werden dort hohe Investitionen erforderlich sein. Damit könnte der Landflucht und der daraus resultierenden Überfüllung und Verelendung der Großstädte gesteuert werden.

Aus den schriftlichen Beiträgen und der Diskussion ist deutlich geworden, wie außerordentlich komplex und schwierig die Zusammenhänge sind. Es gibt bis heute keine allgemein gültigen Regeln oder Rezepte. Es bestand vielmehr Übereinstimmung, daß diese Zusammenhänge jeweils einer sorgfältigen Analyse bedürfen, wofür allerdings in vielen Ländern die erforderlichen Unterlagen noch fehlen.

A. 10: Die demographischen Aspekte des Wirtschaftswachstums
(8.9. nachm.)

- a) Die Wirkung der Rate des Bevölkerungswachstums und der Bevölkerungsstruktur auf den je Kopf-Output und die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung in bestimmten Ländern
- b) Die Probleme der Überwindung demographischer Hindernisse bei der Erreichung wirtschaftlicher Entwicklungsziele; institutionelle und organisatorische Faktoren; die Wirksamkeit solcher Bemühungen unter den in bestimmten Ländern gegebenen Voraussetzungen.

Die Sitzung bestätigte, daß es noch keine allgemeine Theorie über den Zusammenhang zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung gibt. Die oft vertretene Auffassung, wonach ein rasches Bevölkerungswachstum eine Erhöhung des Lebensstandards verhindere, scheint in der allgemeinen Form überholt zu sein, weil von Land zu Land sehr unterschiedliche Ausgangssituationen und Entwicklungsmöglichkeiten bestehen. Geht man von der wirtschaftlichen Entwicklung aus, kann eine Hebung des Lebensstandards das Bevölkerungswachstum sowohl vermindern als auch erhöhen. Ersteres gilt für die meisten Entwick-

lungsländer, letzteres für einige Industrieländer, u.a. auch für die Bundesrepublik Deutschland.

Die Unsicherheit über den Zusammenhang zwischen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum scheint daher zu kommen, daß außer diesen beiden Faktoren eine große Zahl weiterer Faktoren einwirken. Dazu gehören z.B. der Bildungsstand, der geistige und kulturelle Hintergrund, die Sozialverfassung und nicht zuletzt das Wirtschaftssystem, Marktwirtschaft oder zentral geleitete Wirtschaft. Aus diesen Gründen wurde auch bestritten, daß es ein für alle Staaten gültiges Rezept geben kann, das geeignet erscheint, die Bevölkerungsentwicklung so zu steuern, daß sich ein Maximum an Wohlstand ergibt.

Bei der Behandlung dieser Fragen erwies sich die in einer anderen Sitzung gestellte Forderung als richtig, daß die Demographen möglichst viel von wirtschaftlichen, die Nationalökonomien von demographischen Problemen verstehen müßten und daß die gestellten Aufgaben nur durch enge Zusammenarbeit der verschiedenen Disziplinen zu bewältigen sind.

gez. Dr. Schubnell

Weltbevölkerungskonferenz Belgrad 1965

Zahl der Teilnehmer nach Kontinenten und Ländern

Land	Zahl	Land	Zahl
<u>Europa</u>		<u>noch: Amerika</u>	
Bundesrepublik Deutschland	17	Mexiko	4
Sowjetische Besatzungszone	10	Panama	2
Belgien	10	Trinidad und Tobago	1
Bulgarien	6	Vereinigte Staaten	157
Dänemark	7	Argentinien	6
Finnland	5	Brasilien	7
Frankreich	59	Chile	15
Griechenland	4	Ecuador	3
Großbritannien und Nordirland	34	Kolumbien	4
Irland	2	Paraguay	1
Italien	15	Peru	4
Jugoslawien	16	Venezuela	6
Niederlande	15	Puerto Rico	2
Norwegen	4	Zusammen	230
Österreich	6	dav. Nordamerika	167
Polen	13	Mittel- und Südamerika	63
Portugal	1	<u>Asien</u>	
Rumänien	11	Afghanistan	1
San Marino	1	Ceylon	6
Schweden	9	China, Volksrepublik	2
Schweiz	5	Indien	58
Spanien	5	Indonesien	1
Tschechoslowakei	13	Iran	8
Ungarn	12	Israel	9
Vatikanstadt	3	Japan	15
Sowjetunion	28	Korea, Süd-	3
Türkei	8	Kuwait	3
Zusammen	319	Libanon	2
dav. westeuropäische Länder	220	Malaysia	6
Ostblockstaaten	99	Pakistan	13
<u>Afrika</u>		Syrien	3
Äthiopien	1	Zypern	1
Algerien	3	Hongkong	2
Ghana	9	Zusammen	133
Guinea	2	<u>Australien und Ozeanien</u>	
Kamerun	2	Australien	6
Kenia	1	Neuseeland	2
Kongo (Brazzaville)	1	Zusammen	8
Kongo	1	<u>Organisationen</u>	
Liberia	1	United Nations	40
Malawi	1	Food and Agricultural Organisation of the	
Marokko	4	United Nations	5
Nigeria	5	International Bank for Reconstructions	1
Rwanda	1	International Labour Organisation	3
Sambia	1	United Nations Educational Scientific and	
Senegal	3	Cultural Organisation	2
Sudan	1	World Health Organisation	10
Südafrika	4	Zusammen	61
Tansania	1	<u>Teilnehmer nach Erdteilen</u>	
Togo	2	Europa	319
Tunesien	2	Afrika	54
Vor-Arabische Republik	6	Amerika	230
Zentralafrikanische Republik	1	Asien	133
Südrhodesien	1	Australien und Ozeanien	8
Zusammen	54	Zusammen	744
<u>Amerika</u>		<u>Teilnehmer von Organisationen</u>	61
Costa Rica	2	Insgesamt	805
Jamaika	3		
Kanada	10		
Kuba	3		
		Außerdem 33 Beobachter	

Weltbevölkerungskonferenz Belgrad 1985Themen der Plenar- und Arbeitsgruppensitzungen und Zahl der eingereichten wissenschaftlichen Beiträge

Ango- forderte	Frei- willige	UN	Zu- sammen
Beiträge			

Plenarsitzungen

A. 1: Fruchtbarkeit	11	5	1	17
A. 2: Sterblichkeit	10	11	1	22
A. 3: Binnenwanderungen mit besonderer Berücksichtigung der Land-Stadt-Wanderung	11	22	1	34
A. 4: Trend und Aussichten der künftigen Bevölkerungsentwicklung	10	8	1	19
A. 5: Die demographischen Aspekte des Arbeitskräfteangebots und der Erwerbstätigkeit	16	13	1	30
A. 6: Die demographischen Aspekte der Ausbildungsfragen	11	7	1	19
A. 7: Die demographischen Aspekte der landwirtschaftlichen Entwicklung und Nahrungsversorgung	15	5	1	21
A. 8: Die demographischen Aspekte der Entwicklung der Städte und des Wohnungswesens	10	22	1	33
A. 9: Die demographischen Aspekte der Kapitalbildung, Investierung und wirtschaftlichen Entwicklung	8	1	1	10
A.10: Die demographischen Aspekte des Wirtschaftswachstums	18	14	1	33
Zusammen	120	108	10	238

Arbeitsgruppensitzungen

B. 1: Die Faktoren und Verhaltensweisen bei der Entwicklung der Fruchtbarkeit in Gebieten, in denen die Fruchtbarkeit relativ hoch ist	10	19	mit bei A.1	29
B. 2: Die Faktoren und Verhaltensweisen der Entwicklung der Fruchtbarkeit in Gebieten, in denen die Fruchtbarkeit relativ niedrig ist	13	10	" " "	23
B. 3: Sterblichkeit, Krankheitshäufigkeit und Todesursachen	9	13	" " A.2	22
B. 4: Vorausschätzung der Zahl der Bevölkerung und ihrer Struktur nach Alter und Geschlecht	11	3	1	15
B. 5: Vorausschätzung der städtischen, ländlichen und der erwerbstätigen Bevölkerung, der Haushalte und Familien	10	5	1	16
B. 6: Die Methoden zur Gewinnung demographischer Grundlagen in Gebieten, für die Angaben fehlen oder ungenügend sind	16	17	1	34
B. 7: Neue Entwicklungen in der Messung und Analyse der Faktoren des Bevölkerungswachstums und der Bevölkerungsstruktur	13	11	1	25
B. 8: Die Förderung demographischer Forschung und Ausbildung in Entwicklungsländern	10	2	3	15
B. 9: Internationale Wanderungen in ihrem Zusammenhang mit wirtschaftlichen und demographischen Problemen in den Entwicklungsländern	11	2	1	14
B.10: Bevölkerung und Rohstoffquellen	8	2	1	11
B.11: Definition und Messung des Arbeitskräftepotentials und der Erwerbstätigkeit	12	1	-	13
B.12: Genetik der Bevölkerung	10	2	1	13
B.13: Untersuchungen zur Familienplanung	13	21	-	34
Zusammen	146	108	10	264

Außerdem 4 Background Papers (UN-Beiträge): General

Weltbevölkerungskonferenz Belgrad 1965IGU Commission on the Geography and Cartography of World Population

Während der Weltbevölkerungskonferenz in Belgrad trat am 30.8. nachm., am 31.8. und am 1.9.1965 vorm. die bei der vorjährigen Tagung der International Geographical Union als Nachfolger der Commission on a World Population Map gegründete Commission on the Geography and Cartography of World Population zusammen. Es war nicht nur sachlich sehr gut, daß ein Vertreter der Bundesrepublik Gelegenheit hatte teilzunehmen, sondern auch weil sonst die Besprechungen weit überwiegend im Kreis von Vertretern aus Ostblockländern stattgefunden hätten. An der Besprechung haben teilgenommen:

Prof. Prothero / England, Vorsitzender

Dr. Cucu / Rumänien
Prof. Denis / Belgien
Prof. George / Frankreich
zeitweise
Frau Dr. Sen Gupta / Indien
Prof. Herbst / Rumänien
Dr. Horstmann / Deutschland
(BRD)

Prof. Korcsak / Tschechoslowakei
Prof. Kosinski / Polen
Prof. Rado / Ungarn
Prof. Radowanowitsch / Jugoslawien
Dr. Witthauer / Deutschland (SBZ)
Prof. Zelinski / USA
Prof. Pokschischewsky /
Sowjetunion

Es wurden die Arbeitsvorhaben der Kommission besprochen. Die folgenden sollen zunächst in Angriff genommen werden:

- a) Symposium über Wanderungsfragen gemeinsam mit anderen Disziplinen in Liverpool 1967.
- b) Ein Wörterbuch ähnlich dem Multilingual Demographic Dictionary über die Fachausdrücke der Bevölkerungsgeographie.
- c) Eine Bibliographie der wichtigsten Veröffentlichungen zur Bevölkerungsgeographie.

Außerdem soll durch eine Umfrage (Prof. Rado) der Stand der Arbeiten an der Weltbevölkerungskarte 1 : 1 Mill. festgestellt und anschließend ihre weitere Bearbeitung unterstützt werden. Als besonders wichtiges Vorhaben, das gerade auch für die Statistiker von Bedeutung ist, aber noch umfangreicher Planungsarbeiten bedarf, wurde das Thema "Quantitative Methoden in der Bevölkerungsgeographie" bezeichnet. Von einigen Anwesenden wurde vorgeschlagen, sich mit den geographischen Aspekten der Urbanisation zu beschäftigen.

Weltbevölkerungskonferenz Belgrad 1965Wissenschaftliche Beiträge der Bundesrepublik DeutschlandName des AutorsSitzungTitel des BeitragsAngeforderte Beiträge:

- | | | |
|------------------|-----|--|
| 1. Dr. Horstmann | A 3 | Rural-urban migration in the European Economic Community |
| 2. Herberger | A 5 | Demographic changes and manpower problems in the Common Market countries of Europe |
| 3. Dr. Schubnell | B 6 | Use of sample censuses to increase scope of census subject coverage |
| 4. Dr. Wander | A 8 | Demographic aspects of housing conditions in Western Germany |

Freiwillig gelieferte Beiträge:

- | | | |
|-----------------------------|------|--|
| 5. Dr. Jürgens | B 13 | The planning of the family size in the different social classes according to the results of investigations in Schleswig-Holstein |
| 6. Dr. Mackensen | B 7 | Regional computer projection by demographic types of partial populations with incomplete data |
| 7. Dr. Schwarz | A 3 | The influence of internal migration in the Federal Republic of Germany on the population trend in urban-agglomerations |
| 8. Dr. Wülker | B 1 | Effects of social and family patterns on the population increase in Togo (Westafrika) |
| 9. Dr. von Ungern-Sternberg | A 4 | Future consequences of the differences in population growth in Europe, Asia, particularly China and North Africa |

Dr. Mackensen verteilte auf der Konferenz als Heft 1 der Materialien aus der Empirischen Sozialforschung einen von ihm im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit verfaßten Bericht über deutsche Schriften seit 1950 "Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftswachstum".

Weltbevölkerungskonferenz Belgrad 1965Von der UN veranlaßte Ausarbeitungen(Background Papers)

Autor	Organisation Land	Titel
fitz	UN	History of demographic theory (General/1/E/284)
ice of Social airs, Geneva	UN	Demographic aspects of development planning (provisional title) (General/17/E/482)
in	UN	Historical outline of world population growth (General/20/E/486)
dekar	UN	Population policies (General/22/E/489)
erts	UN	Fertility (A. 1, B. 1, B. 2/18/E/483)
cer	WHO	Factors affecting health and mortality (A. 2, B. 3/12/E/461)
ue, Hauser	UN	Population distribution, urbanism and internal migration (A. 3/13/E/473)
uber	UN	Future population trends (A. 4/8/E/453)
ie	ILO	Demographic aspects of labour supply and employment (A. 5/19/E/484)
nburg	UNESCO	Educational consequences and determinants of population trends (A. 6/25/E/495)
hatme, Schulte, ad	FAO	Demographic factors affecting food supplies and agricultural development (A. 7/10/E/455)
Badry	UN	Housing, households and families (A. 8/21/E/488)
eny	International Bank for Reconstruction and Development	Demographic aspects of saving, investment, employment and productivity (A. 9/11/E/460)
nets	USA	Demographic aspects of modern economic growth (A. 10/2/E/389)
yock	UN	Projections of total population and of age-sex structure (B. 4/9/E/454)
gel	UN	Projections of urban and rural population and other socio-economic characteristics (B. 5/24/E/494)
ss	UN	Methods of obtaining basic demographic measures where census and vital statistics registration systems are lacking or defective (B. 6/3/E/409)
ah	UN	Relationships between age structure, fertility, mortality and migration (B. 7/15/E/476)

Autor	Organi- sation Land	Titel
Chandrasekaran	UN	Demographic research and training in ECAM region (B. 8 part I/4/E/404)
El-Shafei	UN	Promotion of demographic research and tra in developing countries with respect to the Arab countries (B. 8 part II/5/E/4)
Eldridge, Whitney	USA	Demographic research and training in the more developed countries: a survey of tre since 1954 (B. 8 part III/7/E/448)
Borrie	ILO	Trends and patterns in international migration since 1945 (B. 9/14/E/474)
Spengler	UN	Population and natural resources (B. 10/6/E/447)
Dobzhanzky	USA	An outline of the basic principles of genetics (B. 12/16/E/481)